

25X1 *Attachment*



SECRET

Ly # ~~*oed/ld*~~ *for*
oed

SECRET

SECRET

Attachment A

Approved For Release 2002/08/19 : CIA-RDP83-00418R000500110002-8

25X1A



SECRET

Approved For Release 2002/08/19 : CIA-RDP83-00418R000500110002-8

Monatsbericht über die Entwicklung in der Sowjetunion im Monat

März 1955

Seite

| | |
|--|----|
| <u>I. Die wichtigsten Ereignisse, die innere Lage in der UdSSR und die Innenpolitik der sowjetischen Führung</u> | 1 |
| 1. Landwirtschaft | |
| a) Die Reformen der Landwirtschaft in der Ukraine | 1 |
| b) Die landwirtschaftliche Tagung der Süd-Ost-Gebiete der Russischen Republik | 2 |
| c) Neuer wichtiger Beschluß über die Landwirtschaft | 3 |
| d) Die Frühjahrsaussaat 1955 | 5 |
| e) Aus der Praxis der Kolchosen | 6 |
| f) Baumwollzucht in Usbekistan | 7 |
| g) Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Kolchosenbauern und MTS-Arbeitern | 8 |
| h) Die Lage im Neuland | 9 |
| 1. Der Bau von Elevatoren und Eisenbahnen | 9 |
| 2. Unstimmigkeiten in den Aussaatvorbereitungen | 9 |
| 3. Frauen und Mädchen ins Neuland | 11 |
| i) Die Planung der Getreideproduktion und die Vergrößerung der Anbaufläche für Mais in der RSFSR | 11 |
| 2. Industrie | 12 |
| a) Produktivität der Arbeit und der Volksverbrauch | 12 |
| b) Mängel in den verschiedenen Arten der Industrie | 13 |
| c) Aufruf der Metallurgiearbeiter | 14 |
| d) Der Kampf zwischen den Wirtschaftstheorien | 14 |
| e) Das Problem der Erfindungen in der Industrie | 15 |
| 3. Das Problem der Erfindungen | 16 |
| 4. Rechte der Frauen in der Sowjetunion | 21 |

Seite:

| | |
|---|--------|
| 6) Der Bund der Kommunistischen Jugend (Komsomol) | 29 |
| 7) Partei | 31 |
| a) Die Grundorganisationen und ihre Führung | 31 |
| b) Der Kampf zwischen den Funktionären des Staates und der Partei | 32 |
| c) Die Führungsspitze der Partei | 34 |
| 8) Die Wahlen zu den Obersten Sowjets der Republiken | 37 |
| 9) Die Sessionen des neugewählten Obersten Sowjets der Bundesrepubliken | 38 |
| 10) Veränderungen in der Führung der sowjetischen Armee | 39 |
| 11) Die Anleitung der sowjetischen Kunst durch die Partei | 41 |
| <u>II. Die Aussenpolitik der Sowjetischen Führung</u> | 43 |
| 1) Die Grundsätze der sowjetischen Aussenpolitik | 43 |
| 2) Das Interview Bulganins | 43 |
| 3) Die Fragen der Abrüstung und des Verbotes der Atomwaffen | 44 |
| 4) Die sowjetische Politik in der Österreichfrage | 45 |
| 5) Die sowjetische Politik in der Deutschlandfrage | 47 |
| 6) Die Errichtung eines Komitees für die Repatriierung der Sowjetischen Emigranten | 50 |
| 7) Noten der Sowjetregierung an Frankreich, England und Holland | 51 |
| 8) Veröffentlichungen der Dokumente über die Jaiza-Konferenz durch die USA | 52 |
| 9) Die sowjetischen Beziehungen mit Jugoslawien | 52 |
| 10) Die Sowjetunion und der Nahe Osten | 53 |
| 11) Die bevorstehenden Konferenzen in Asien | 53 |
| 12) Der Besuch des indischen Premierministers Pandit Nehru in der SU | 54 |
| 13) Die Rückkehr des Dalai-Lamas und des Panchen- Lama nach Tibet | 54 |

I. Die wichtigsten Ereignisse, die innere Lage in der UdSSR und die
Innenpolitik der sowjetischen Führung

1. Landwirtschaft

a) Die Reformen der Landwirtschaft in der Ukraine

Vom 15. bis 18. Februar tagte in Kiew das Plenum der ukrainischen KP. Die Tagung beschäftigte sich mit den Beschlüssen über die "Steigerung der Viehzucht", die das ZK der KPdSU im Januar dieses Jahres gefaßt hatte. Anwesend war der 1. Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Nikita CHRUSCHTSCHEW, der eine Rede hielt.

Die ukrainische Parteiorganisation beschloß, gemäß den Anweisungen des ZK der KPdSU Umstellungen in der Landwirtschaft vorzunehmen. Die Anbaufläche für Mais soll noch in diesem Jahre auf 5 Millionen ha erweitert werden. In den folgenden Jahren soll diese Fläche weiter vergrößert werden. (Der Maisanbau war früher in der UdSSR gering. 1953 wurde er in der gesamten Union auf lediglich 3,5 Millionen ha betrieben, wobei das Zentrum des Maisanbaus in der Moldauischen SSR lag.)

"Das Plenum des ZK der KP der Ukraine ist der Meinung, daß die Ukrainische SSR eine besondere Stellung in Bezug auf die Maiserzeugung des Landes einnehmen soll, deswegen stellt es den parteilichen, sowjetischen und landwirtschaftlichen Organen der Republik die Aufgabe, unverzüglich den Maisanbau in jeder Kolchose und jedem Staatsgut so zu erweitern, daß schon im Jahre 1955 die Anbaufläche für diese Kulturen über 5 Millionen ha beträgt und eine weitere Vergrößerung dieser Fläche garantiert wird."

(Entnommen aus "Radjanska Ukraina" vom 20. Februar 1955 aus dem Beschluß des Plenums des ZK der KP der Ukraine vom 18. Februar 1955).

Da die Gesamtanbaufläche der Ukraine nur etwa 26 Millionen ha umfaßt, ist die Ausdehnung des Maisanbaus auf ein Fünftel dieser Fläche eine gewaltige Umstellung der ukrainischen Landwirtschaft.

Wesentlich in dem Beschluß des ukrainischen ZK ist die Festlegung des Ernte-Solls für das Jahr 1960. In diesem Jahr soll die Ukraine an Brotpotential und Mais 1,885 Milliarden Pud aufbringen, während in diesem Jahr in der gesamten Union 10 Milliarden Pud geerntet werden müssen (Der Maisanteil dieser Gesamternte wird noch dadurch erhöht, daß auch in den nördlichen Gebieten der Union diese Getreideart angebaut werden soll. Da man

- 2 -

ihn dort aber nicht ausreifen lassen kann, soll er in einem Vorreife-Stadium eingebracht und in Silos aufgearbeitet werden.)

Dieser Plan, der unter dem Druck CHRUSCHTSCHEWs von dem ZK der Ukrainischen Kommunistischen Partei angenommen wurde, wird kaum erfüllt werden können. Die ukrainischen Zeitungen liefern im März d. J. ein reiches Material über den Stand der Vorbereitungen in den verschiedenen Gebieten der Republik. Fast in allen MTS der Ukraine fehlt es an Sämaschinen, um die geforderte Fläche von 5 Millionen ha nach der "Quadrat-Nest"-Methode mit Mais zu bebauen. In manchen Gebieten können nicht mehr als 13 % des Planes erfüllt werden.

"Die MTS vom Drohobytsch-Gebiet sind nicht mit genügend Maschinen für Maisaussaat und -ernte eingedeckt. So sind in diesem Gebiet nur 50 Sämaschinen "Sch-6" vorhanden. Mit einer solchen Zahl von Sämaschinen kann man rechtzeitig nur 13 % der im Plan für 1955 vorgesehenen Maisanbauflächen bearbeiten."

("Radjanska Ukraina")

In den nördlichen Gebieten der Ukraine fehlt es auch völlig an Spezialisten für den Maisanbau. Unter diesen Umständen kann der Plan des Maisanbaus auf 5 Millionen ha im Jahre 1955 höchstens mit 15 - 45 % erfüllt werden.

Eine größere Bedeutung wird in der Ukraine auch dem Anbau von Zuckerrüben beigemessen, doch mit der Vergrößerung des Maisanbaus wird der Zuckerrübenanbau auf das 2. Planjahr verschoben.

b) Die landwirtschaftliche Tagung der Süd-Ost Gebiete der Russischen Republik

Vom 17. bis 18. März wurde in Saratow (Wolga) eine Konferenz der landwirtschaftlichen Funktionäre der Süd-Ost-Gebiete durchgeführt, die vom ZK der KPdSU einberufen worden war. Anwesend waren u. a. Nikita CHRUSCHTSCHEW, sowie der stellvertretende Ministerpräsident der UdSSR, LOBANOW. Lobanow hielt das Hauptreferat, das sich mit der Produktivitätssteigerung der Landarbeiter und mit der Erhöhung der Abgabepflicht an landwirtschaftlichen Produkten befaßte. CHRUSCHTSCHEW, der ebenfalls das Wort ergriff, befaßte sich auch auf dieser Konferenz mit der Verstärkung des Maisanbaus.

- 5 -

Auffällig ist, daß der Maisanbau gerade in den Gebieten propagiert wird, in denen im vergangenen Jahr Mißernten entstanden. Wie bereits im Februarbericht ausgeführt, versucht die Sowjetpresse dafür allein schlechte Wetterverhältnisse verantwortlich zu machen. Allein die schlechte Arbeit der Kolchosenarbeiter spielt mindestens eine ebenso große Rolle dabei. Dies wird nun in einem Volkskorrespondenten-Beitrag der Zeitschrift "PARTIJNAJA SŽISNJ" (Nr. 3/1955) bestätigt, in dem darauf hingewiesen wird, daß selbst unter schlechteren Wetterbedingungen auch gute Ernten eingebracht werden konnten:

"Voriges Jahr haben viele Kolchosen und Sowchosen in den südlichen Gebieten der Ukraine als Folge der Dürre sehr niedrige Ernten eingebracht. In der gleichen Lage hat das Staatsgut "Kaganowitsch" (Oktjabrskij Rayon, Bezirk Nikolajew) von einer Fläche von 590 ha je 24 Zentner Winterweizen und das Kolchos "Komintern" (Baschtanskij Rayon) je 32 Zentner eingebracht."

c) Neuer wichtiger Beschluß über die Landwirtschaft

Am 9. März 1955 haben das ZK der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR einen neuen Beschluß "über die Änderung der landwirtschaftlichen Planung" erlassen.

Interessant ist, daß dieser Beschluß gleichzeitig von Partei und Regierung verkündet und mit den Unterschriften von CHRUSCHTSCHEW und BULGANIN veröffentlicht worden ist. Er wurde in der sowjetischen Presse am 11. 3. 1955 veröffentlicht.

In dem Beschluß wird festgestellt, daß die bisherige Planung in der Landwirtschaft sehr schlecht auf die Entwicklung der Volkswirtschaft gewirkt hat. Die Planung hat den Kolchosen keine Möglichkeit gegeben, eigene Initiative zu entwickeln und dabei das Interesse der Kolchosenarbeiter an der Arbeit vernichtet.

"Das ZK der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR weisen darauf hin, daß in der Praxis der landwirtschaftlichen Planung durch die Staatliche Plankommission der UdSSR, das Ministerium der Landwirtschaft und das Staatliche Beschaffungsamt ernste Fehler und Mängel zugelassen wurden.

Um den Staat mit allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu versorgen, ist es nicht nötig, vom Planungszentrum aus die Saatchläne aller Art bis auf die einzelnen Kolchosen und Sowchosen aufzuschlüsseln, die Arten und den Bestand des Viehs festzulegen usw., ohne dabei den Kolchosen und Sowchosen eine Möglichkeit einzuräumen, ihre eigene Initiative in der richtigen und rationellen Führung der Wirtschaft zu entfalten."

Gleichzeitig wird den Planungsorganen vorgeworfen, sie hielten ihre Planung

"nicht in den Ausmaßen, die die Bedürfnisse des Landes nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen decken."

Der Beschluß sieht deshalb vor, daß Planung und Berechnungen in der Landwirtschaft zwar die abzuliefernden Güter festlegen sollen, dabei aber den Kolchosen und Sowchosen freie Hand gelassen wird in der Ausführung dieser Anweisung. Sie können innerhalb ihrer Felder und Herden so wirtschaften, wie sie es für notwendig halten, um das Ablieferungssoll zu erfüllen.

"Die Planung des landwirtschaftlichen Betriebes soll unmittelbar in den Kolchosen und Sowchosen gemeinsam mit den MTS durchgeführt werden. Sie muß mit der Berechnung beginnen, wie man das an Ort und Stelle vorhandene Land am besten ausnützen kann."

Nach dem Beschluß soll dies organisatorisch auf folgende Art und Weise vorbereitet werden:

1. Die Staatliche Plankommission berechnet den allgemeinen Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten, wobei sie den Bedarf der Bevölkerung sowie den Außenhandel der UdSSR berücksichtigt. Nach der Bestätigung dieser Planziffern durch den Ministerrat werden die Beschaffungsaufgaben den Ministerräten der Unionsrepubliken bekanntgegeben.

- 5 -

2. Diese Ministerräte teilen die Aufgaben untereinander auf. Jede Unionsrepublik schlüsselt sodann ihr Abgabesoll auf die einzelnen Gebiete, Rayons, Kreise usw. auf.
3. Die örtlichen Exekutivkomitees schlüsseln diese Beschaffungsaufträge dann auf die Kolchosen, Sowchosen usw. auf. Das muß bis zum 1. 9. 55 geschehen und den einzelnen Betrieben mitgeteilt sein.
4. Kolchosen und Sowchosen zusammen mit den MTS gehen dann daran, ihre eigene Anbau- und Viehzuchtplanung durchzuführen, wobei sie im Rahmen der Ablieferungs-pflicht freie Hand haben, den Anbau aufzuschlüsseln und ihnen notwendig erscheinende Maßnahmen zu treffen.
5. Die Pläne der Kolchosen und Sowchosen werden von den Kolchosmitgliedern und Sowchosarbeitern auf Versammlungen beraten und angenommen. Die Bestätigung obliegt den örtlichen (bezirklichen) Exekutivkomitees.
6. Die genannten Komitees setzen die Einzelpläne der Betriebe zum Gesamtplan des Gebietes zusammen, der nach oben weitergeleitet wird. Die Ministerräte der Unionsrepubliken tun das gleiche auf Republiksebene und müssen bis zum 10. November damit fertig sein. Die Staatliche Plankommission (GOSplan) setzt dann den Gesamtplan der UdSSR zusammen, analysiert und bestätigt ihn.
7. Den Hauptagronomen der Sowchosen und Kolchosen wird es zur Pflicht gemacht, die künftigen Ernten schon vorher abzuschätzen und regelmäßig über die Ernteaussichten zu berichten.

d) Die Frühjahrssaussaat 1955

Die Sowjetpresse beschäftigte sich im Berichtsmonat an hervorragender Stelle mit den Vorbereitungen zur Frühjahrsbestellung. Die "Prawda" forderte am 23. 3. 1955 in ihrem Leitartikel, diese Vorbereitungen müßten "hervorragend durchgeführt und abgeschlossen werden". Allerdings gesteht das Blatt, daß durch den Beschluß über die Änderung der landwirtschaftlichen Planung "örtliche Verwirrungen und Unordnung" entstanden seien. In Kolchosen, Sowchosen und MTS sei man der Meinung, daß die Planung nach der neuen Methode erst im Herbst dieses Jahres beginne und im Jahre 1956 in Kraft trete.

Tatsächlich ergibt sich das aus dem Beschluß. Aber die Sowjetführung schien und scheint zu versuchen, die beschlossenen Änderungen möglichst schnell zur Geltung zu bringen. Sofort soll die Planung für die nächsten 6 Jahre beginnen und die Durchführung dieser (nicht einmal konzipierten Pläne) verwirklicht werden. Allerdings muß man es verstehen, wenn die "Prawda" schreibt:

"Manche haben verstanden, daß der Beschluß über die neue Planungsordnung nicht für das Jahr 1955 gemeint war, und daß man sie erst ab 1956 zu verwirklichen habe.

Bei der Planung der zukünftigen landwirtschaftlichen Entwicklung muß man besonders deutlich herausfinden, was man schon in diesem Jahre machen muß, und welche Möglichkeiten man ausnützen soll, um mehr Getreide, Fleisch, Milch und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse zu erhalten."

In dem Leitartikel wird auf Mängel bei der Reparatur von Traktoren hingewiesen. In manchen Gebieten und Republiken (besonders in Litauen) sind aus der Reparatur nicht mehr als die Hälfte der Traktoren zurückgekommen. In vielen Orten sind noch nicht die Saatvorräte für die Frühjahrsbestellung eingetroffen und in manchen Orten ist das beschaffte Getreide von sehr schlechter Qualität. In einer Reihe der Rayons sind die Saatvorräte in erhöhtem Feuchtigkeitszustand eingespeichert worden und haben Schäden erlitten.

e) Aus der Praxis der Kolchosen

Die Zeitschrift "PARTIJNAJA SHISNJ" Nr. 3/1955 veröffentlicht unter dem Titel "Das Kampfprogramm" interessante Beispiele dafür, wie überall örtliche Leitungen der Landwirtschaft versuchen, durch Betrug eine Erfüllung ihrer Aufgaben vorzutäuschen. Solche Maßnahmen seien, wie das Blatt bemerkt, von Furcht vor Strafe diktiert, würden aber die Entwicklung einer wirklichen Produktivität hemmen. Hier einige Beispiele für diese Art der "Planerfüllung":

Um am Tage der Rechenschaftslegung genug Vieh zu haben, kaufen viele Kolchosen aus dem Privatbestand der Kolchosmitglieder ganz junges Vieh, welches in den Kolchosbestand eingereicht und als vollwertig gezählt wird:

"So werden Geflügelfarmen angelegt, die nach Ablegung des Rechenschaftsberichtes und seiner Überprüfung prompt wieder liquidiert werden. Die Herden werden durch unproduktives Vieh belastet, das Futter verbraucht, ohne irgendwelchen Nutzen zu bringen. Die Produktivität der Viehzucht wird also dadurch vermindert."

Die Unionsrepublik Georgien habe, so berichtet das Blatt weiter, nach den vorliegenden Plänen je Hektar den dichtesten Viehbestand aufzuweisen.

"Die Hälfte des Viehbestandes in den Kolchosen Georgiens besteht aus Ochsen und Ochsenkälbern. Die Kühe machen weniger als 25 % der Herden aus, und im Jahre 1954 hat man von jeder nur 521 kg Milch erhalten. Das ist nicht weiter verwunderlich: Einen bedeutenden Anteil des Futters haben unproduktive Tiere verbraucht, die nur der Vollzähligkeit des Bestandes wegen gehalten werden."

f) Baumwollzucht in Usbekistan

Die Zeitschrift "Partijnaja Shisnj" Nr. 3/1955 veröffentlichte einen Artikel des Sekretärs eines Rayonkomitees der KP Usbekistans, in dem die Arbeit der Baumwoll-Kolchosen des Ferganskij Tals beschrieben wird. Dieser Artikel bestätigt, daß nach dem Tode Stalins überall die Produktivität der Kolchosbauern und MTS-Arbeiter sehr gesunken ist. Dasselbe ist auch in der Baumwollzucht in Usbekistan geschehen. Vom Jahre 1953 an ist die Angst der Kolchosbauern vor den möglichen Strafmaßnahmen der sowjetischen Organe kleiner geworden. Viele Kolchosarbeiter und sogar die Brigadiere hörten auf, zur Arbeit zu gehen. Ihre ganze Aufmerksamkeit haben die Kolchosarbeiter ihren eigenen Wirtschaften gewidmet. Die Brigadiere und die Kolchosvorsitzenden interessierten sich nicht mehr für die Kolchosarbeiter. Die Autorität der Parteisekretäre in den Kolchosen ist gesunken.

"Unbeachtet dessen, daß die MTS jährlich ihre Arbeitspläne erfüllt und übererfüllt haben, ist die Baumwollernte von 25,7 Zentner pro ha im Jahre 1950 auf 19,9 Zentner im Jahre 1953 gesunken.

Der Ablieferungsplan für Baumwolle ist nicht erfüllt worden, und das Einkommen der Kolchosen war nicht groß. Die Arbeitsdisziplin in den landwirtschaftlichen Kollektiven ist geschwächt worden und die hauptsächlichste Aufmerksamkeit der Kolchosbauern ist auf die private Behelfswirtschaft gerichtet.

Der Kolchosvorsitzende, Genosse Korobajew, unternahm nichts dagegen. Er hat die Arbeitsschwänzer und die Verletzer der Disziplin nie zur Verantwortung gezogen und deshalb sagten die Kolchosbauern: 'Der kann nichts machen. Wenn du willst - arbeite, wenn nicht, dann arbeite nicht.'

Manche Männer saßen den ganzen Tag im Trockenspeicher oder an der Annahmestelle für Baumwolle, rauchten und tranken Tee. Zum Arbeitslohn rechnete ihnen der Kontrolleur den vollen Arbeitslohn an."

g) Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Kolchosbauern und MTS-Arbeitern

Viele Artikel und Berichte in der Illustrierten "Ogonjek", in der "Komsomolskaja Prawda" sowie in anderen sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften sind den Beziehungen zwischen den MTS-Arbeitern und den Kolchosbauern gewidmet. Diese Beziehungen haben sich in der letzten Zeit sehr verschlechtert.

Es wird beschrieben, daß die MTS-Arbeiter als Staatsangestellte ihren täglichen Dienst genau versehen, während die Kolchosbauern sich zu ihrer Arbeit sehr "leichtsinnig" stellen. Sie schwänzen nicht nur einzelne Arbeitsstunden und -tage, sondern hören oft überhaupt auf, für den Kolchos zu arbeiten und suchen immer neue Nebenbeschäftigungen.

In der "Komsomolskaja Prawda" vom 18. 3. 1955 ist ein Artikel unter dem Titel "Hinter dem Tüllvorhang" veröffentlicht. In diesem Artikel wird ein Zwischenfall beschrieben, wie ein Mädchen, Mitglied des Komsomol und beste Kolchosbrigadierin, ihre Brigade verläßt. Sie hört auf, im Kolchos zu arbeiten und beschäftigt sich mit ihrer eigenen Wirtschaft. Anscheinend sind solche Fälle jetzt nicht einzeln.

In der Zeitschrift "Partijnaja Shisjn" (Das Parteileben) Nr. 2/55 finden wir wichtige Hinweise auf die Gründe, die zu dieser Haltung der Kolchosbauern geführt haben. In dem Artikel "Fastigt die Verbindung zwischen den Sowjetorganen und den Massen" ist die Rede davon, daß das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR am 28. Oktober 1953 verboten habe, Kolchosarbeiter vor Gericht zu stellen, die ihr Soll an Arbeitstagen nicht erfüllen. Das habe, so meint das Blatt, viel zu den derzeitigen Zuständen beigetragen. Interessant ist, daß dieser Beschluß im Jahre 1953 in der sowjetischen Presse nicht veröffentlicht wurde. Anscheinend wurde er insgeheim den betreffenden Institutionen mitgeteilt.

h) Die Lage im Neuland

1. Der Bau von Elevatoren und Eisenbahnen

Im Neuland fand während des ganzen Winters ein beschleunigter Bau von Elevatoren zur Aufbewahrung der großen staatlichen Getreidere-serven statt. Die Elevatoren werden hauptsächlich von der Komsomol-jugend und speziellen Baubrigaden, die aus den Zentralgebieten des Landes gekommen sind, gebaut.

Weiter ist im Gebiet des Neulandes, hauptsächlich aber in Kasachstan, den ganzen Winter hindurch und selbst bei stärkstem Frost am Ausbau des Eisenbahnnetzes gearbeitet worden. Diese Eisenbahnlinien gehen im wesentlichen als Stichbahnen von der Hauptlinie aus und führen in die wichtigsten Getreidegebiete.

In der Berichterstattung der Publikationen "Komsomolskaja Prawda", "Og enjek", "Smena" usw. wird dieser Bau sehr oft erwähnt, der auch jetzt noch fortgesetzt wird. Zusätzlich zu dem Eisenbahntransport, so berichten die Blätter, würde jedoch noch "eine ganze Armada von Lkws" benötigt, um die Ernte von 20 Millionen ha abzutransportieren. Dabei finden sich Andeutungen, daß die sowjetische Autoindustrie mit diesen Aufgaben nicht fertig werden kann.

Beachtenswert ist, daß die Sowjetpresse des Lobes voll ist über die Jugend, die die Elevatoren, Wohnhäuser, MTS usw. baue. Wer aber die Eisenbahnlinien baut, wird mit keinem einzigen Wort erwähnt. Es ist deshalb anzunehmen, daß der Eisenbahnbau durch Einsatz politischer Häftlinge bewerkstelligt wird, deren Lager in großer Zahl im Neuland konzentriert sind.

2. Unstimmigkeiten in den Aussaatvorbereitungen

In der Zeitschrift "Partijnaja Shisjn" Nr. 3/1955 ist ein Artikel von I. AFONOW abgedruckt, in dem am Beispiel des Pawlogradskij Gebietes in Kasachstan auf die hauptsächlichsten Mängel der Arbeit im Neuland hingewiesen wird.

Der Hauptmangel im Neuland sei zurzeit die langsame und ungenügende Reparatur der landwirtschaftlichen Maschinen, in erster Linie der Trans-porten. Viele Arbeiter der MTS arbeiten schwach oder weichen sogar

gänzlich der Arbeit aus. In dem Artikel wird von Partei- und Wirtschaftsleitungen die Anwendung größerer Härte und strengerer Kontrollen über die Arbeit der Jugend verlangt.

"Die einzelnen Mechaniker nehmen, wenn sie bereits viel verdient haben, nur sehr schwach an den Winterarbeiten, insbesondere an den Maschinenreparaturen teil. Es gibt auch solche Mechaniker, die die mangelnde Wachsamkeit der Führer von MTS ausnützen, und die sich verdrücken, wenn ihnen keine Arbeit vorgelegt wird, weil sie auf das garantierte Lohnminimum rechnen. Das ganze Kollektiv der MTS-Arbeiter sollte, wie auch in jedem Industriebetrieb, täglich mit Arbeit versorgt werden, deren Erfüllung man streng berechnen und kontrollieren muß."

In dem Artikel wird eine interessante Stundenzahl über den Leerlauf (prostoj) der Traktoren für die 8 Monate des vergangenen Jahres angegeben.

Mehr als eine Million Arbeitsstunden gingen den Traktoren verloren. 390 000 davon gehen auf "technische Schäden" zurück, über 600 000 Fehlstunden entstanden durch "organisatorische Unstimmigkeiten", Abweichungen der Mechaniker von der Arbeitsdisziplin und durch Organisationsfehler der Führung.

In dem Artikel wird auch darauf hingewiesen, daß viele Sowchosen im Neuland nur so viel Getreide ausgesät hätten, daß sie für die Aussaat des nächsten Jahres auf der größeren Fläche genug Saatgut hereinkämen.

In der "Prawda" vom 22. 3. 1955 ist ein Artikel unter dem Titel "Der Frühling kommt ins Neuland" veröffentlicht, der die Lage bei den Vorbereitungen zur Frühlingsbestellung in Kasachstan schildert. In der Republik seien 250 neue Sowchosen errichtet worden, denen es in diesem Jahre obliege, die 9 Millionen ha des Neulandes zu bestellen. In dem Artikel werden führende landwirtschaftliche Organe der Republik wegen ihrer unwirtschaftlichen Vorbereitung zur Frühlingsaussaat kritisiert.

"Die Bemühungen der Sowchosenarbeiter werden durch Verwirrung und Unordnung vereitelt, die in der Arbeit des Ministeriums für Sowchosen und seinen Dienststellen herrschen."

Die Sowchosen haben noch nicht die genügende Menge an Saatgut, das für die Frühlingsbestellung nötig ist. In viele Sowchosen ist Saatgut von sehr schlechter Qualität eingeführt worden.

"Als Ergebnis aller Unstimmigkeiten und des Versagens unseres Verkehrswesens haben die Sowchosen nur wenig mehr als die Hälfte der ihnen zugeteilten Vorräte an Saatgut erhalten. Doch bald schon werden die Flüsse aufbrechen (vom Eis befreit), dann werden viele Kolchosen von ihren Versorgungsbasen abgeschnitten!"

Wenn auch in das Neuland Kasachstans genug Traktoren geschickt würden, so sei doch die Anlieferung von Lkw-Anhängern, Pflügen, Sämaschinen, Kultivatoren usw. sehr ungenügend.

3. Frauen und Mädchen ins Neuland

Nach vorliegenden Meldungen sind seit dem vorigen Jahr bis jetzt etwa 250 000 - 300 000 Jugendliche zur festen Ansiedlung ins Neuland verschickt worden. Wie das ZK der KPdSU in einer Botschaft anlässlich des "Internationalen Frauentages" mitgeteilt hat, befanden sich darunter auch "einige Tausend" Frauen und Mädchen. Insgesamt werden aber zurzeit höchstens 4 oder 5 % Frauen unter den Jugendlichen des Neulandes weilen. Damit ist der Plan der ständigen Ansiedlung der Jugendlichen infrage gestellt, ganz abgesehen davon, daß die gegenwärtige Lage den moralischen Zustand der jungen Männer gefährdet und unliebsame Folgen mit sich bringt.

1) Die Planung der Getreideproduktion und die Vergrößerung der Anbaufläche für Mais in der RSFSR

Auf der Tagung des Obersten Sowjets der RSFSR am 28. 3. 1955 hat der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, WOROSCHILOW, in seiner Rede auf folgende Planzahlen der Getreideproduktion der Russischen Föderation hingewiesen:

1. Im Jahre 1960 sollen in der RSFSR nicht weniger als 6 Milliarden Puds Getreide erzeugt werden (aus den 10 Milliarden in der ganzen Sowjetunion).
2. Im Jahre 1956 soll in der RSFSR 28 - 30 Millionen ha Mais gewonnen werden (von den insgesamt 28 - 30 Millionen ha).

- 12 -

3. In diesem Jahr soll die Anbaufläche für Mais auf 8 Millionen ha erweitert werden.

Eine solche Erweiterung des Maisanbaus ist auch in der RSFSR nur sehr schwer durchführbar. Auf dem Territorium der Russischen Föderation ist der Mais immer nur in unbedeutenden Mengen erzeugt worden. Die klimatischen Verhältnisse für die Maiserzeugung sind nur im Nordkaukasus und im Kubangebiet geeignet. Für die Aussaat und die Bearbeitung der 8 Millionen ha können die Maschinen nicht ausreichen und man wird den Mangel an Spezialisten für eine in diesen Gegenden völlig neue Kultur fühlen. Ein solcher Plan zeigt die gründliche Umgestaltung der Getreidewirtschaft auf den alten Anbauflächen Rußlands.

2. Industrie

a) Produktivität der Arbeit und der Volksverbrauch

Wie schon in früheren Monaten so wurde auch im März in der sowjetischen Presse große Aufmerksamkeit auf die schlechte Produktivität der Arbeit in der Industrie verwendet. Auch weiterhin wird das Arbeitssoll durch viele Arbeiter weder beachtet noch erfüllt. In seiner Rede auf der Tagung des Obersten Sowjets der RSFSR am 26.3. verkündet WOROSCHILOW zu dieser Erscheinung folgendes:

"Es ist bekannt, daß man die allgemeine Produktion nicht schnell steigern kann, ohne gleichzeitig ein Wachstum der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Trotzdem bleiben wir noch weit hinter den Aufgaben des Fünfjahresplans zurück. Es ist notwendig, möglichst bald dieses Zurückbleiben zu liquidieren."

In dem Leitartikel der Zeitschrift "Partinaja Shisnj" Nr. 2/1955 wird das Nichterfüllen der Normen in der Schwerindustrie betont.

"Man kann auch die nicht vergessen, die nicht immer mit den Arbeitssolls fertig werden. In den vielen Betrieben der Kohlenindustrie des Donbass und Kusbass, erfüllten fast die Hälfte der Bergleute ihr Arbeitssoll nicht."

- 13 -

In den vielen Artikeln der sowjetischen Presse werden die Arbeiter darauf hingewiesen, daß eine Verbesserung der Versorgung nur dann eintreten kann, wenn die Arbeiter allerorts und bedeutend die Produktion steigern werden.

"Nur im Maße der Steigerung der Produktivität unserer eigenen Arbeit können wir auch den Verbrauch des Volkes steigern."

(Der Leitartikel der "Partijnaja Shisnj" Nr. 3/1955).

Wie es scheint, hat die sowjetische Führung nur wenig Hoffnung auf eine Steigerung der Arbeitsproduktivität auf Kosten der bewußten Kräfteanstrengung seitens der Arbeiter. Sie sucht deshalb neue Wege in der technischen Vervollkommnung der Betriebe.

Im Leitartikel der Zeitschrift "Partijana Shisnj" Nr. 2/1955 werden die Reserven der Betriebe untersucht, die zur Steigerung der Produktion in der sowjetischen Industrie führen sollen.

"Die vorhandenen Betriebseinrichtungen sind bestens auszunutzen, die Erfahrungen der Neuerer müssen auf breiter Basis eingesetzt werden, der Kampf gegen qualitativ minderwertige Arbeit und ähnliche unproduktive Leerlaufzeiten muß forciert werden, ein strenges Regime der Sparsamkeit im Verbrauch von Materialien und Geldvorräten ist erneut einzuführen, schließlich müssen technisch begründete Arbeitsnormen wieder streng beachtet bzw. neu eingeführt werden. Das alles sind wichtige Quellen des weiteren Wachstums unserer Produktion und der Steigerung der Arbeitsproduktivität."

b) Mängel in den verschiedenen Arten der Industrie

Besonders schlecht um die Erfüllung der Produktionspläne steht es in den folgenden Industriezweigen: Kohle, Bau- und Brennholz, Automobil-, Traktoren- und Landmaschinenindustrie.

Die Ministerien dieser Industriezweige und selbst die Minister sind in der letzten Zeit schwerer Kritik ausgesetzt worden. Der Minister der Kohlenindustrie, SASJADKO, wurde sogar wegen unbefriedigender Leistungen seines Amtes enthoben ("Prawda" 3.3.1955, Kommuniqué des

c) Aufruf der Metallurgiearbeiter

Anscheinend steht die Sache in der sowjetischen Schwarzmetallindustrie (Gußeisen, Eisen und Stahl) auch nicht besonders günstig. Auf den ersten Seiten der sowjetischen Zeitungen am 27. März war ein großer "Aufruf" der Arbeiter, Techniker, Ingenieure und Angestellten des metallurgischen Kombinats in Magnitogorsk an alle Arbeiter der schwarzen Metallurgie in der Sowjetunion veröffentlicht. In diesem Aufruf nehmen die Arbeiter Magnitogorsks verschiedene Verpflichtungen auf sich und rufen alle Arbeiter der Metallindustrie zu einem sozialistischen Wettbewerb auf, um die tägliche Übererfüllung der persönlichen und kollektiven Produktionsaufgaben zu erreichen. Der Aufruf wird mit den folgenden Satz beendet:

"Genossen Metallurgen! Mit der täglichen Erfüllung und Übererfüllung des staatlichen Planes ... mit der Verbesserung der Qualität und der Verminderung der Selbstkosten leisten wir einen entscheidenden Beitrag an der Sache der weiteren Entwicklung der Schwerindustrie unserer großen Heimat!"

d) Der Kampf zwischen den Wirtschaftstheorien.

Auf dem Januarplenum des ZK der KPdSU und auf der Februartagung des Obersten Sowjets der UdSSR hat in der sowjetischen Führung die Gruppe, die die erstrangige und bevorzugte Entwicklung der Schwerindustrie verlangt hat, gesiegt. "Partijnaja Shisnj" spricht in dem bereits erwähnten Leitartikel "Das Kampfprogramm" ganz offen von einem Kampf, der stattgefunden habe und der damit endete, daß jene Gruppe verurteilt wurde, die die Leichtindustrie allen anderen Industriezweigen vorziehen wollte. In diesem Zusammenhang schreibt das Blatt:

"In einer Lage, in der die imperialistischen Staaten eine wilde Kriegsvorbereitung betreiben, muß mit voller Entschlossenheit auch die kleinste Verfälschung des Marxismus-Leninismus entlarvt werden, mit der versucht werden könnte, Verwirrung in die wichtigsten Fragen der Theorie hineinzutragen."

Der Kurs der primären Entwicklung der Schwerindustrie hat - wie bereits gesagt - den Sieg davongetragen. Die Verfechter dieser Richtung mußten so handeln, um das Land schnellstens auf einen möglichen Zusammenstoß mit dem Westen vorzubereiten.

- 15 -

Doch sie betrachten es dabei vor allem als notwendig, der Bevölkerung der Sowjetunion zu beweisen, daß man auf Grund der ökonomischen Gesetze eine Verbesserung der materiellen Lage der Schaffenden nur durch die ständige Vergrößerung der Produktion von Produktionsmitteln kommen könne.

Anscheinend dauert dieser Streit auch in den wissenschaftlichen Kreisen unbeachtet der gefallenen Entscheidung immer noch an. Natürlich dringt die Auseinandersetzung auch in die breiten Massen der Bevölkerung, die mit der Verringerung der Versorgung nicht einverstanden ist. In dem Artikel des Akademikers OSTROWITJANOWS "Gegen die Vereinfachung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus" ("Prawda" vom 27. 3. 1955) heißt es:

"Die Ökonomen, die jede Notwendigkeit eines bevorzugten Wachstums der Produktion von Produktionsmitteln leugnen, führen unsere Volkswirtschaft nicht vorwärts zum Kommunismus, sondern zurück auf den Weg des Stillstandes und des Rückschritts. Die Verbreitung dieser Theorien gereicht dem Aufbau des Kommunismus zum Schaden, sie schädigen gleichzeitig die Steigerung des Lebensstandards und unterhöhlen die Verteidigungsbereitschaft unseres Landes.

Ein mögliches technisches Zurückbleiben wäre in der jetzigen Lage, in der imperialistische Aggressoren das Lager der Demokratie und des Sozialismus mit Krieg bedrohen, besonders gefährlich."

e) Das Problem der Erfindungen in der Industrie

Als "einen wichtigen Faktor bei der Steigerung der Produktion" bezeichnet es die Sowjetpresse, daß "Massenerfindungen" in der Industrie gemacht würden. So meint ein gewisser P. MAKAROW in der Zeitschrift "Partijnaja Shisnj" Nr. 3/1955, während des 4. und 5. Fünfjahrplanes seien in Industrie, Bauwirtschaft und Transport mehr als 5 Millionen Erfindungen gemacht und eingereicht worden.

In dem Artikel heißt es dann, in der letzten Zeit habe sich die Zahl der Erfindungen stark vermindert., was hauptsächlich darauf zurückzuführenApproved For Release 2002/08/19 : CIA-RDP83-00418R000500110002-8 festgesetzt-

ten 4 Monate Untersuchungszeit, sehr oft die eingegangenen Vorschläge auf 2 - 3 Jahre zurückbehielten. Den Parteiorganisationen wird es zur Pflicht gemacht, in jeder Weise die "Massenerfindungen" zu fördern und anzureizen. Kritisch setzt sich MAKAROW auch mit den Betriebsleitern auseinander, die Angst hätten, durch die Einführung der neuen unerprobten Methoden für kurze Zeit die Produktion zu vermindern, was wiederum seitens der höheren Leitung bestraft würde.

3. Das sowjetische Gericht

In der Sowjetunion finden weitere Veränderungen auf dem Gebiet des Rechtswesens und in den Prinzipien der Gerichtsverhandlung statt. In der Zeitschrift "Kommunist" (Nr. 2, Januar 1955) ist der Artikel "Das sowjetische Gericht und seine Rolle in der Festigung der sowjetischen Gesetzlichkeit" diesen Veränderungen gewidmet. Autor der Arbeit ist der Justizminister der UdSSR, K. GORSCHENIN.

Das wesentlichste dieser Veränderungen besteht in folgendem:

Die sowjetische Führung erkennt an, daß es bis jetzt im sowjetischen Justizwesen viele Unrichtigkeiten gegeben habe. Die Untersuchungsorgane standen über den Gerichten. Es wurden oft Unschuldige verhaftet und verurteilt. Die Rolle der Verteidiger wurde auf ein Nichts herabgewürdigt. In die Gerichtsverhandlungen haben sich viele Organisationen eingemischt. Die Parteiorganisationen konnten die Entscheidungen der Gerichte beeinflussen. Der Justizminister betont, daß es auch jetzt noch Fälle unreeller Führung der Untersuchungen und der Verurteilungen gibt, doch könnten solche Fälle, auch wenn sie nur einzeln seien, nicht länger geduldet werden. Sie müssen durch strengste Maßnahmen ausgerottet werden.

Als Beispiel wird in dem Artikel folgender Zwischenfall aufgeführt:

Im Jahre 1953 wurde ein Parteimitglied vom Gericht zu 9 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Doch das Rayonkomitee der Partei hat die Durchführung dieses Urteils verboten und den Volksrichter für sein unparteiisches Benehmen aus der Partei ausgeschlossen.

Im Jahre 1954 hat das ZK der KPdSU einen Beschluß gefaßt, der die Einmischung der Parteiinstanzen in die Gerichtsverhandlungen verbietet!

Die sowjetische Führung behauptet, alle Unrichtigkeiten in Untersuchungen und Gerichtsverhandlungen seien durch die Organe der "Sicherheit" und in erster Linie durch B ERIA verschuldet worden.

"Es ist bekannt, daß die verfluchten Feinde des sowjetischen Volkes versucht haben, die Grundlage unserer Ordnung zu zerstören. Als eine der Hauptmethoden ihrer feindlichen Tätigkeit entwickelten sie die systematische Verletzung der sowjetischen Gesetze, die sie laufend verletzt haben und zur Entartung brachten. So haben sie gehandelt, hauptsächlich der gemeine Verräter Beria und seine Komplizen, die vom ZK der KPdSU entlarvt wurden."

Anscheinend werden sogar im sowjetischen Gesetzbuch eine Reihe ernster Veränderungen vorgenommen. Zur Veröffentlichung werden folgende neue Gesetzbücher verbreitet werden:

"Die Kriminal- und Kriminalprozeßgesetze der UdSSR"

"Die Zivil- und Zivilprozeßgesetze der UdSSR"

"Die Grundsätze der Gesetzlichkeit über die Familie und Eheschließungen"

"Die Grundsätze der Gesetzlichkeit über die Arbeit"

Die Veränderung der Gesetze wird zur Verschärfung der Strafen für schwere Verbrechen wie Landesverrat, Spionage, Sabotage, Raub, Mord und Diebstahl führen. Die Strafen für unbedeutende Vergehen und Übertretungen werden gemildert oder sogar durch einfache Bußen ersetzt.

Die sowjetische Führung betont ganz besonders, daß künftig kein Bürger im Lande ohne entsprechende Beweise oder aufgrund unbegründeter Verdächtigungen verhaftet oder ungerecht verurteilt werden könne!

"Niemand kann auf eine andere Weise, als durch das Urteil des Gerichtes oder die Sanktion des Staatsanwaltes verhaftet werden,"

Den Gerichten wird es zur Pflicht gemacht, die Untersuchungsorgane, die bei der Untersuchung nicht die richtigen Methoden verwenden oder die ohne Grund Bürger verhaften, zur schärfsten Verantwortung heranzuziehen.

"In Falle einer groben Verletzung der Untersuchungsführung sollen die Gerichte Untersuchungs- und Ermittlungsbeamte, die an den unbegründeten Verhaftungen schuldig sind, zur Verantwortung ziehen."

Jeder Beschuldigte, so heißt es weiter, habe ein volles Recht auf einen guten Verteidiger. Deshalb wird die Notwendigkeit unterstrichen, den Stand der Verteidiger auf eine entsprechende Höhe zu bringen.

"Unabhängig davon, worin der Angeklagte beschuldigt wird, ist es unabdingbar, mit der ganzen Gründlichkeit das Vorhandensein und den Grad seiner Schuld festzustellen, damit die Verurteilung gemäß der Schwere seines Verbrechens ausfallen kann, und damit kein Unschuldiger verurteilt wird. Das ist aber nur dann möglich, wenn die Ordnung, die die Verteidigung des Angeklagten sichert, eingehalten wird."

Den Gerichten wird es zur Pflicht gemacht, tiefgehend die Gründe des Verbrechens zu untersuchen und auch die Persönlichkeit des Angeklagten zu berücksichtigen. Die Gerichte sollen streng die sowjetischen Gesetze befolgen, sie aber "schöpferisch" bei der Entscheidung jeder Sache verwenden.

Der Richter ist weder einer Organisation verantwortlich, noch ist er abhängig von ihr. Der Richter muß unabhängig und nur den Gesetzen untergeordnet sein.

"Niemand darf den Richtern die Entscheidung in kriminellen oder zivilen Fällen vorschreiben. Die Staats- und Verwaltungsorgane, das Justizministerium, die Massenorganisationen usw. dürfen sich nicht in die Urteile der Richter einmischen oder Urteile und Entscheidungen für unrichtig erklären, solange sie nicht von dem höheren Gericht widerrufen sind."

Jede Einmischung in die Untersuchungen wird als "größte Entartung der Parteilinie" angesehen. Der Richter kann nur auf Widerruf seitens der Wähler oder wenn er selbst vors Gericht kommt, seines Amtes enthoben werden. Doch wird eine gerichtliche Verfolgung des Richters nur durch den Obersten Sowjet der Republik zugelassen.

Die sowjetische Führung distanziert sich völlig von den früheren Zeiten, in denen die Untersuchungsorgane unbestraft verhaften, Untersuchungen führen und sogar Schlußentscheidungen treffen konnten. In dem Artikel wird es in folgender Weise deklariert:

Das Sowjetische Gericht

"Ist das einzige Organ des Staates, das die Gerechtigkeit verwirklicht. Nur dem Gericht steht das Recht zu, die von Bürgern begangenen Verbrechen zu verhandeln und das Ausmaß der Strafe zu bestimmen.

Alle Neueinführungen auf dem Gebiete des sowjetischen Rechtswesens werden als

"weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie in der UdSSR und als die Vervollkommnung der sozialistischen Gesetzlichkeit" bezeichnet.

In dem Artikel wird versprochen, eine für die Sowjetunion neue Garantie der Unantastbarkeit der sowjetischen Bürger auszuarbeiten.

"Es sind eine Reihe neuer Rechtsnormen vorgesehen, die die Garantie für die Unantastbarkeit der Persönlichkeit verstärken. Gleichzeitig werden auch jene Amtspersonen schärfer zur Verantwortung gezogen, die sich der ungesetzlichen Verfolgung von Bürgern oder der Einschränkung ihrer Rechte schuldig machen."

Angeklagte, deren Schuld nicht zu beweisen ist, müssen von den Gerichten freigesprochen werden. Ihre öffentliche Rehabilitierung wird zugesagt.

Sehr interessant ist eine weitere Funktion der ordentlichen sowjetischen Gerichte, die sich künftig in Form der westlichen "Arbeitsgerichte" in betriebliche Auseinandersetzungen einschalten können. Ist z. B. ein Arbeiter entlassen worden, ohne in seinem Betrieb eine unrechtlche Handlung begangen zu haben, so muß er auf Verlangen des Gerichtes weiter beschäftigt werden.

In dem Artikel des Justizministers wird noch auf den Schutz staatlichen Eigentums hingewiesen. Die Ausraubung staatlicher oder kollektiver Institutionen hat in der Sowjetunion anscheinend ein bedrohliches Ausmaß erreicht. Der Justizminister ruft in seinem Artikel die Gerichte auf, diejenigen sowjetischen Bürger, die sich irgendetwas aus dem "sozialistischen Eigentum" angeeignet haben, streng zu bestrafen.

In diesem Zusammenhang bezeichnet er das "sozialistische Eigentum" als "die heiligste und unantastbarste Grundlage der sowjetischen Ordnung."

Es wird ferner darauf hingewiesen, daß Verbrecher, in erster Linie Jugendliche unter 18 Jahren, auch Ältere, für gute Arbeit und Führung vorzeitig aus der Haft entlassen werden können.

Ein Teil des Artikels wird dem "Demokratismus" der sowjetischen Gerichte gewidmet. Alle Gerichtsorgane werden in der Sowjetunion "gewählt". Die Volksrichter und die Geschworenen werden von der Bevölkerung gewählt. Die Land-, Gebiets- und Kreisgerichte werden von den örtlichen Sowjets gewählt. Die Obersten Gerichte der Unions- und Autonomen Republiken werden vom Obersten Sowjet der Republiken gewählt. Das Oberste Gericht der UdSSR und die speziellen Gerichte der UdSSR (die Kriegstribunale, Transportgerichte usw.) werden vom Obersten Sowjet der UdSSR gewählt.

Die Grundlage der sowjetischen Justiz sind die "Volksgerichte".

"Die Volksgerichte der UdSSR bilden die Grundlage der gesamten Rechtsprechung. Auf ihre Rechnung kommt der größte Teil aller juristischen Amtshandlungen. Ihre Angehörigen werden in jedem Rayon aufgrund des allgemeinen, gleichen und geraden Wahlrechtes bei geheimer Abstimmung gewählt."

Ein Volksgericht besteht aus drei Personen: dem Volksrichter und zwei Volksgeschworenen. Im Gericht haben sie alle drei die gleichen Rechte. Das Urteil des Gerichtes wird mit einfacher Mehrheit angenommen.

Die gewählten Volksgeschworenen werden für die Dauer ihres Amtes von ihren früheren amtlichen Verpflichtungen befreit. Ihr früheres Gehalt wird ihnen weitergezahlt. Die Volksrichter sollen systematisch ihren Wählern Bericht erstatten.

In der sowjetischen Presse fehlt die Gerichtschronik fast völlig. Auch Nachrichten über die in der Sowjetunion verübten Kriminalverbrechen werden nie in der Presse veröffentlicht. Das ist auch in dem Artikel des Justizministers vermerkt worden, wobei er andeutete, daß bald Gerichtskorrespondenzen in der sowjetischen Presse erscheinen werden. Möglicherweise wird diese Frage noch in den höheren Sphären erwogen.

4. Rechte der Frauen in der Sowjetunion

Am 8. März wurde in der Sowjetunion der "Internationale Frauentag" gefeiert. Ganz unerwartet hat das ZK der KPdSU aus diesem Anlaß eine Resolution angenommen. Der Frauentag am 8. März wird schon lange gefeiert und bedürfte keiner speziellen Entschließung. Der Inhalt dieses Dokumentes erlaubt, die Politik der sowjetischen Führung in der Frauenfrage zu erkennen. Der Beschluß des ZK wurde am 5. März in der sowjetischen Presse veröffentlicht.

Die Entschließung beginnt mit der Darstellung der sowjetischen Innen- und Außenpolitik.

Innenpolitik: Vorzeitige Erfüllung des Fnfjahresplanes, Vergrößerung der Schwerindustrie, Festigung der Staatsmacht, der Verteidigungsbereitschaft und an letzter Stelle Steigerung des Lebensstandards der Sowjetbevlkerung.

Außenpolitik: Kampf für den Frieden, für internationale Entspannung, für die Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit aller Völker.

In der Entschließung wird behauptet, daß die Sowjetmacht "zum ersten Mal in der Geschichte die Frauen von der Leibeigenschaft befreit" habe. Sodann werden (leider nur allgemeine) Informationen über die Teilnahme der sowjetischen Frauen an den verschiedenen Arbeiten gegeben. Wir führen sie verkürzt auf:

"Millionen Frauen" arbeiten gleich den Männern in der Industrie, im Transportwesen und im Bauwesen.

"10 Millionen Frauen" arbeiten gleich den Männern in den Kolchosen, Sowchosen und MTS.

"Mehr als zwei Millionen Frauen" arbeiten in verschiedenen Atern für Gesundheitswesen und Körperkultur (Krankenhäuser, Sanatorien, Erholungsheime, Gesundheitsämter, Sportschulen usw.)

"Mehr als 1 Million Frauen" sind mit der Erziehung der jungen Generation beschäftigt.

"Fast drei Millionen Frauen" arbeiten in den verschiedenen wissenschaftlichen und kulturellen Instituten.

"Mehr als 1,4 Millionen Frauen" studieren an Hoch-, Mittel- und Speziallehranstalten.

"Tausende von Frauen" und Mädchen sind ins Neu- und Brachland geschickt worden.

- 22 -

"Hunderttausende von Frauen" arbeiten als Ingenieure und Techniker in den Werken und Fabriken.

"Zehntausende von Frauen" sind als Kolchosvorsitzende, MTS- und Sowchosedirektoren, Agronomen, Zootechniker usw. beschäftigt.

"348 Frauen" sind Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR.

"Über 2 000 Frauen" sind Deputierte der Obersten Sowjets der Republiken.

"Mehr als eine halbe Million" sind Deputierte der örtlichen Sowjets.

"2 335 Frauen" sind zu Volksrichtern gewählt worden.

"234 000 Frauen" sind zu Volksgeschworenen gewählt worden.

"746 Frauen" haben den Stalinpreis für hervorragende Leistungen und Erfindungen in Wissenschaft, Technik, Literatur und Kunst erhalten.

"2 373 Frauen" haben den Orden "Held der Sowjetunion" und "Held der sozialistischen Arbeit" erhalten.

"Über eine Million Frauen" sind mit anderen Orden und Medaillen der Sowjetunion ausgezeichnet worden.

In der Entschließung wird darauf hingewiesen, daß der Staat allein im Jahre 1954 "über 7 Milliarden Rubel" an Unterstützungen für kinderreiche Mütter und für alleinstehende Mütter sowie für die Neugeborenen gezahlt hat. (Mittel für diese Unterstützungen werden hauptsächlich aus staatlichen Steuern für Ledige, Kinderlose und Familien mit wenigen Kindern genommen.)

Über den Kinderreichtum geben folgende Angaben Anhaltspunkte:

"Über 44 000 Frauen" haben Titel und Orden "Mutterheldin" erhalten.

"Über 4,5 Millionen Frauen" besitzen den Orden "Mutterschutz" und die "Medaille der Mutterschaft".

(Alle diese Orden und Medaillen sind von dem Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR am 8. Juli 1944 eingeführt worden.)

Die "Medaille der Mutterschaft" hat zwei Stufen: Die zweite Stufe wird den Müttern gegeben, die 5 Kinder geboren und erzogen haben. Die erste Stufe denen mit 6 Kindern. Der Orden "Mutterschutz" hat drei Stufen: Die 3. Stufe wird Müttern mit 7 Kindern, die 2. Stufe mit 8 Kindern und die 1. Stufe mit 10 Kindern verliehen.

Der Orden "Mutterheldin" wird den Müttern, die 10 Kinder geboren und erzogen haben, verliehen, wenn das jüngste Kind 1 Jahr alt wird und die übrigen alle am Leben sind. Dabei werden die Kinder, die im 2. Weltkrieg gefallen oder vermißt sind, angerechnet.

- 23 -

Weiter weist das ZK der KPdSU in seiner Resolution auf die "schwere und rechtlose" Lage der Frauen in den kapitalistischen Staaten hin. Es ruft die Frauen der Sowjetunion auf:

- in Industrie und Landwirtschaft die Produktivität und die Qualität der Arbeit zu steigern,
- die hervorragende sowjetische Wissenschaft zu entwickeln und für die Entfaltung der sozialistischen Kultur, Literatur, Kunst, Bildung und des Gesundheitswesens zu kämpfen,
- in den Ämtern für die völlige Ausrottung des Bürokratismus und für die Verminderung des Staatlichen Apparates zu kämpfen.

In der Entschliebung des ZK der KPdSU wird dann erklärt:

"Nur die Schwerindustrie kann die Verstärkung der Sowjetmacht, die Verteidigungsbereitschaft unseres Landes, die weitere Entwicklung aller Gebiete der Volkswirtschaft und das Wachstum des Lebensstandards der sowjetischen Bevölkerung sichern."

Die Stimmungen und Wünsche der sowjetischen Frauen berücksichtigend, verspricht das ZK in seinem Beschluß:

"Die Kommunistische Partei wird eine verstärkte Erzeugung von Gebrauchsgütern (Kleidung, Schuhen, Hausratsgegenständen) und kulturellen Gütern erstreben."

In seiner Resolution stellt das ZK den sowjetischen Frauen zwei grundsätzliche Aufgaben:

1. Die Erhöhung der Aktivität beim Aufbau des Kommunismus;
2. Den Kampf für die internationale Sicherheit und das Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen; für die internationale Entspannung und für Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt.

Am Ende der Resolution wird erst ersichtlich, worum es dem ZK der KPdSU eigentlich geht, wenn es sich an die Frauen des Landes wendet. Es heißt da:

"Die Aufgaben der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft verlangen die Einbeziehung neuer Arbeitsreserven in die Fabriken, Kolchozen, MTS und Sowchosen. Das ZK der KPdSU betrachtet es als eine wichtige Aufgabe der Partei - Sowjet - Gewerkschafts - Wirtschafts - und Kommolorganisationen, eine noch breitere Einbeziehung der Frauen in die produktive Arbeit durchzuführen."

Somit ist das Hauptziel dieser Resolution des ZK:

Neue Millionen sowjetischer Frauen zur physischen Arbeit in der Industrie und in der Landwirtschaft heranzuziehen. Das ZK macht es allen Partei- und Sowjetorganen zur Pflicht, sich unverzüglich mit der neuen Werbung der Frauen zu beschäftigen.

Die Lage der Frauen in der Sowjetunion ist sehr schwer. In den Schächten des Bergbaus wird Frauenarbeit ausgeführt und ausgenutzt, auch bei solchen Beschäftigungen, die früher nur von Männern ausgeführt werden durften. Die sowjetische Frau ist gezwungen, schwerste und oft über ihre Kräfte gehende Arbeiten auszuführen.

Die Zeitschrift "Partijnaja Shisnj" Nr. 2/1955 beklagt sich in einem Artikel über die geforderte vorfristige Erfüllung des gegenwärtigen Fünfjahrplanes darüber, daß die Bergarbeiter im Donezbecken und im Kusbass, unter ihnen aber vor allem die Frauen, ihre Arbeitsnormen nicht einhalten.

Zurzeit bestehen in allen Häfen und auf den Kaianlagen an der Wolga, wo sehr belebte Frachtenbeförderung durchgeführt wird, im großen Ausmaß Lastträgerbrigaden aus Frauen und Mädchen. Auch die Arbeit der Lastträger in den Flußhäfen Rußlands war immer schon als die schwerste Männerarbeit bekannt. Bis zum 2. Weltkrieg gab es in der Sowjetunion keine Frauen als Lastträger. Die Informationen über die Frauenlastträger an der Wolga haben wir aus den Schilderungen im Buch von RYBAKOW "Jekaterina Woronina" entnommen, in dessen zweitem Teil das Leben an der Wolga im Jahre 1953 beschrieben wird. (Nowyj Mir, Nr. 2, Februar 1955). Man kann vermuten, daß auch in anderen Orten der Sowjetunion die Frauen jetzt als Auflader und Ablader in den Eisenbahn- und Binnentransporten beschäftigt werden.

In den Moskauer Radiosendungen im März 1955 wurde über die Arbeit der Fischerbrigaden der Frauen im Fernen Osten berichtet. Man kann sich vorstellen, daß die Frauen und Töchter der Fischer nicht aus Abenteuerlust das Haus und die Familie verlassen, um in der schweren Zeit des Frühlings-Fanges als Fischerinnen zu arbeiten.

So können sich in der Sowjetunion nur wenige Frauen mit dem Haushalt und mit der Erziehung ihrer Kinder beschäftigen. Die Frau wird zur Arbeit gezwungen, da der Verdienst des Familieneinkommens mehr als der Verdienst der

erwachsenen Kinder meist nicht für den materiellen Unterhalt der Familie ausreicht. Die Frau muß unbedingt im staatlichen oder Kolchosenunternehmen arbeiten, um das gemeinsame Einkommen der Familie zu vergrößern. Die Frau in der Sowjetunion kann nur wenige Zeit der Erziehung ihrer Kinder widmen. Als Folge davon macht sich zurzeit in der UdSSR eine große Kinderverwahrlosung bemerkbar. (Das Problem der Kinderverwahrlosung wurde als "sehr wichtig" in der Zeitschrift "Literaturnaja Gazeta" (März 1955) behandelt.)

Auch in der Landwirtschaft arbeitet die Frau sehr schwer. Als Beispiel dafür kann man die Arbeit der Frauen auf den Viehzuchtfarmen angeben. Jede dieser Farmen hat einen großen Viehbestand. Die Frauen, die dort arbeiten, müssen täglich große Mengen Wasser, Futter und Mist mit den Händen schleppen. (Die Notwendigkeit der baldigsten Mechanisierung der Viehzuchtfarmen wurde auch in dem Januarbeschuß des ZK der KPdSU unterstrichen.)

Doch es wäre ein großer Fehler, die Lage der Frauen in der UdSSR nur vom Gesichtspunkt der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft in der Produktion sowie ihrer Ablenkung vom Haushalt und der Erziehung der Kinder zu betrachten. Die Frau in der Sowjetunion ist keinesfalls nur die "Vernachlässigte und Leidende", wie es oft in der russischen Emigrantenpresse dargestellt wird.

Die Frau spielt eine große Rolle in allen Gebieten des sowjetischen Lebens. Wenn die Frau gleich den Männern in allen Gebieten der Industrie und der Landwirtschaft arbeitet, so bekleidet die Frau auch gleich den Männern die leitenden Posten in den staatlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Ämtern, in den Sowjet- und Parteiorganen sowie in der Volkswirtschaft der Sowjetunion.

Das ist nicht etwa nur so, weil die Sowjetführung aus propagandistischen Gründen einige Frauen in den Vordergrund schiebt, sondern das erweist sich vielmehr als ein Resultat der Umwälzungen, die sich als Folge des 2. Weltkrieges vollzogen haben. Im Krieg ließ es sich nicht vermeiden, die Frauen zu all den Stellungen heranzuziehen, da die Männer an der Front dringender gebraucht wurden. In dieser Epoche hat die Sowjetfrau wirklich zu führen gelernt und hat diese Stellung auch nach Kriegsende bis zum heutigen Tage behauptet. Es ist den Frauen jedoch nicht gelungen, in die oberste sowjetische Führungsspitze einzudringen, und das ist verständlich. Diese Spitze hat während des ganzen Krieges die Führung des

Landes in den Händen behalten, wobei sie keine personellen Verluste erlitt und in ihrem früheren Rahmen blieb. Dennoch übt die Frau zweifellos einen großen Einfluß auf die Politik der sowjetischen Führung aus. In einem gewissen Grade wird auch die sogenannte sowjetische Friedenspolitik wie auch die Propaganda für das Verbot der Atomwaffe durch den Einfluß der Frau im politischen und gesellschaftlichen Leben der Union entscheidend mitbestimmt.

Am besten spiegelt sich diese Erscheinung in der sowjetischen Literatur wider. Fast in jedem Nachkriegsroman wird der Frau eine führende Rolle zugeteilt, sie wird mit persönlicher Überlegenheit über die sie umgebenden Männer ausgestattet und auch im Berufsleben spielt sie eine führende Rolle. Wenn es in der sowjetischen Literatur auch keine völlige Freiheit gibt, so sind die Wirklichkeit und die Sonderheiten des sowjetischen Lebens in ihr doch ziemlich deutlich zu erkennen.

Man kann die Folgerung ziehen, daß die Lage der sowjetischen Frau heute in einem gewissen Maße an das Ma-triarchat erinnert. In den letzten Monaten hat sich in der Sowjetunion der "Kult der Mütter" besonders verstärkt. Überall wird das Theaterstück "Die Mutter ihrer Kinder" von AFINOGENOW aufgeführt, werden Erzählungen, Poemen und Gedichte von der Mutter geschrieben. Das Bild der Mutter in verschiedenen Altersgruppen (bis zu den Ältesten) ist eines der aktuellsten Themen der sowjetischen bildenden Künstler. Die Mütter treten gegen den Krieg auf, agitieren in den Militäreinheiten, erlassen Aufrufe und halten Vorträge und fahren zu den Gräbern der gefallenen Söhne nach Ungarn oder in die anderen Satellitenstaaten.

Man muß selbstverständlich erkennen, daß die Frauen dabei propagandistisch im Sinne der Politik der sowjetischen Führung ausgenützt werden, wobei alle diese Aktionen von der Partei organisiert sind. Das ist natürlich wahr, jedoch soll man nicht vergessen, daß die Frauen selbst auf Befehl eine Rede gegen den Krieg von ganzen Herzen halten.

Zum Schluß dieses Kapitels scheint es nötig zu sein, noch ein interessantes Element zu vermerken. In der sowjetischen Presse werden in der letzten Zeit Massenangriffe gegen die "Großmütter" gestartet, die ihren (gewöhnlich 5 - 10jährigen) Enkelkindern religiösen Glauben, "kapitalistische" Moral usw. beibringen. Dabei wird die Schuld auf sie gelegt, daß sie das Erbe der verfluchten Vergangenheit in die sowjetische Wirklichkeit zu über-

- 27 -

tragen. In Wirklichkeit haben die heutigen Großmütter die Revolution als Kind, als junges Mädchen oder im äußersten Falle als sehr junge Frau miterlebt. Diese Großmütter waren sehr oft in der Vergangenheit sogar Komso-molmitglieder. Sie konnten also ihre Stimmungen und Bestrebungen nirgends anders als aus dem Leben in der sowjetischen Wirklichkeit entnehmen. An-scheinend haben gerade diese Frauen in der UdSSR beharrlicher als alle an-deren die grundsätzlichen Prinzipien der allgemeinen menschlichen Moral bewahrt. Sie versuchen trotz einer ganzen Reihe von Hindernissen und Ge-fahren, ihre Erkenntnisse der heranwachsenden sowjetischen Generation zu übermitteln.

5. Vormilitärische Ausbildung der Jugend

In der letzten Zeit schenkte die sowjetische Presse der vormilitärischen Ausbildung der Jugend besondere Aufmerksamkeit. Die Zeitungen verlangten immer wieder, diese Schulung zu intensivieren und mit ihr breitere Massen der Sowjetjugend auf den Wehrdienst vorzubereiten. "Partijnaja Shisanj" gab in zwei Artikeln die Richtung für diese Propaganda. In Nr. 2/1955 brachte das Blatt den Artikel "Mehr Aufmerksamkeit der Verteidigungsbe-reitschaft auf breitester Basis" und in Nr. 3/1955 die Arbeit "Auf der Wacht für die Sicherheit der Sowjetheimat". In diesen Artikeln wird be-hauptet, daß sich die internationale Lage ständig verschärfe und die Ge-fahr eines plötzlichen Überfalls der Imperklisten auf die Sowjetunion oder die Volksdemokratien akut geworden sei. Die gesamte Sowjetjugend müsse deshalb eine vormilitärische Ausbildung absolvieren, die aus dem sogenannten "Wehrsport", dem Studium verschiedener Arten von Kampftech-nik, der physischen Stärkung und Abhärtung bestünde. Ziel der paramili-tärischen Ausbildung sei es, der Sowjetarmee erstklassige Offiziers- und Mannschaftskader zu schaffen.

"Unsere Jugend muß sich unentwegt für den Dienst in der sowjetischen Armee und in der Kriegsmarine vorbereiten, um in jeder Lage und unter allen Bedingungen fachmännisch und furchtlos die staatlichen Interes-sen des sozialistischen Vaterlandes zu verteidigen.

Eine besonders wichtige Aufgabe ist die Vorbereitung von Kadern für die Armee, die mit der zeitgemäßen Kampftechnik vertraut sind. Sehr wichtig ist auch, daß die sowjetische Jugend solche Eigenschaften

wie physische Stählung, Tapferkeit, Gewandtheit, Findigkeit und Orientierungssinn, die notwendig sind im Kampfe ebenso wie bei der Arbeit, mitbringt."

Die Hauptrolle bei der vormilitärischen Ausbildung der Jugend spielt die "DOSAAF" (Freiwillige Gesellschaft zur Förderung von Armee, Luftwaffe und Marine). Zu den Aufgaben dieser Gemeinschaft wird in den erwähnten Presseartikeln sowie im Statut folgendes gesagt:

"Vorbereitung militärtechnischer, navigatorischer und aviatorischer Kenntnisse bei den Mitgliedern und in der Bevölkerung, allgemeine Entwicklung des Wehrsports (Schießen, Fallschirmspringen, Fliegen, Funken, Segeln, Ablegung von verschiedenen Klassen des Führerscheins, Hundesport und Modellbau). Ferner organisiert die Gesellschaft den allgemeinen Luftschutz sowie die zivile Abwehr von chemischen Kampfmitteln."

Den Parteiorganisationen ist die Förderung der Arbeit der DOSAAF durch ihre Durchsetzung mit den besten Parteikadern zur Pflicht gemacht worden.

"Die Parteiorganisationen sind verpflichtet, in jeder Hinsicht bei der Verbesserung der Arbeit dieser patriotischen Massenorganisation zu helfen, sie mit ihren Kadern zu stärken und ihr die Hilfe der Sowjets sowie der gewerkschaftlichen und Komsomol-Organisationen zu sichern."

Überall dort, wo die Parteiorganisationen der militärischen und sportlichen Arbeit keine gebührende Aufmerksamkeit schenken, kommt es oft zu den seltsamsten Erscheinungen:

"Die gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen übergeben nicht selten die Mittel, die für die vormilitärische Arbeit bestimmt sind, für den Unterhalt der Fußballkanonen."

Aus dem Inhalt aller Artikel zu diesem Thema muß man die Folgerung ziehen, daß diese Arbeit in der Sowjetunion zurzeit mit beschleunigtem Tempo durchgeführt wird.

- 29 -

So hat zum Beispiel das "Moskauer Gebietskomitee der KPdSU" eine Versammlung seines "Verteidigungsaktivs" einberufen. Anwesend waren etwa 1 500 Personen. Neben den Vertretern der Partei und ihrer Massenorganisationen sah man vor allem die verantwortlichen Funktionäre der vormilitärischen Ausbildung aus Schulen, Betrieben, Wohnblocks und dergl. Die Versammlung schuf die Voraussetzung zur Gründung von nicht weniger als 250 DOSAAF-Abteilungen.

Nach Presseberichten befassen sich die Verteidigungsaktivs im ganzen Lande in gleicher Weise mit der paramilitärischen Mobilisierung.

6. Bund der kommunistischen Jugend (Komsomol)

Die Analyse der Zeitung "Komsomolskaja Prawda", der Zeitschrift "Molodoj Kommunist" und Artikel in den anderen Organen der sowjetischen Presse gibt zu der Vermutung Anlaß, daß im "Bund der kommunistischen Jugend (Komsomol)" die Lage zurzeit sehr ungünstig ist.

Viele Grundorganisationen des Komsomol haben ihre Lebensfähigkeit verloren. Sie sind nicht mehr instande, die Komsomolmitglieder zu einer aktiven Arbeit heranzuziehen, geschweigedenn, durch ihre Mitglieder die parteilose Jugend zu beeinflussen. Die Grundorganisationen rufen nur noch äußerst selten die Versammlungen der Komsomolmitglieder ein.

"Das Leben der Organisationen erlahmt. Die Komsomolorganisationen verlieren die Fähigkeit, die Jungen und Mädchen zu beeinflussen, sie zu erziehen. Tausende von Komsomolzen hören auf, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, ihre Energie wird nicht ausgenützt, die Initiative erlahmt. Mehr noch: Viele Mitglieder des Komsomols ziehen sich von ihren Organisationen zurück, erfüllen nicht die vorgeschriebenen Pflichten und zahlen keine Beiträge mehr. :

Eine große Komsomolorganisation - doch in diesem großen Kollektiv merkt man kaum ein Lebenszeichen. Eine Versammlung in fünf Monaten - und das ist alles."

(Leitartikel "Die Grundorganisation - die Grundlage des Komsomols",

- 30 -

Doch am schlimmsten ist es um die Arbeit des Komsomol in der Landwirtschaft bestellt. In vielen Kolchosen und Sowchosen haben die Grundorganisationen einfach aufgehört zu bestehen.

"In vielen Kolchosen des Gebietes bestehen die Komsomolorganisationen nur noch auf dem Papier."

(Leitartikel der "Komsomolskaja Prawda", 16. 3. 1955)

In vielen Artikeln werden Massenaustritte aus den Komsomolorganisationen gemeldet. Größtenteils geschieht das auf folgende Weise: Um einen offenen Konflikt mit den Partei- und Komsomolorganen zu vermeiden, wechselt der junge Mann oder das Mädchen die Arbeit oder zieht in eine andere Stadt um, ohne sich von der alten Komsomolorganisation abzumelden, aber auch ohne sich bei der Organisation des neuen Wohnortes anzumelden.

"Nicht selten sind die Fälle, in denen sich Komsomolzen beim Übergang von einer zur anderen Organisation nicht ummelden..."

...Im Schacht Abakumowo (Kirowskij Rayon) werden listenmäßig 305 Komsomolzen erfaßt, doch bei einer Kontrolle waren nur noch 180 zu finden. Diese Tatsache ist in Stalinskij Gebiet nicht selten. Die Pflicht der Komsomolkomitees ist, Maßnahmen zu ergreifen, um alle Komsomolzen zu registrieren und diejenigen, die aus der Organisation austreten bzw. ausgetreten sind, ausfindig zu machen."

(Leitartikel "Ordnung im Komsomol schaffen!" - "Komsomolskaja Prawda", 26. 3. 1955)

In den Artikeln wird darauf hingewiesen, daß die mittleren Funktionäre des Komsomols (Rayon-, Gebiets- und Landkomitees) zersetzt sind und die Grundorganisationen zu beeinflussen aufgehört haben. Sie finden sich mit dem Austritt der Jugend aus dem Komsomol ab. Viele führende Komsomolfunktionäre greifen zu administrativen Methoden, Befehlen und Ausschlüssen. Diese Methoden führen zu nichts, meint das ZK des Komsomols.

"Nach der Lage in den Grundorganisationen muß die Arbeit der leitenden Komsomolorgane eingeschätzt und bewertet werden. Tatsache ist, daß diese leitenden Organe in der letzten Zeit nicht einmal daran gedacht haben, ihre Aufmerksamkeit den Grundorganisationen zu schenken und ihnen die zustehende Hilfe zu gewähren."

Approved For Release 2002/08/19 : CIA-RDP83-00418R000500110002-8

(Aus dem Leitartikel der "Komsomolskaja Prawda" vom 16. 3. 1955)

"Die administrativen Methoden, das Kommandieren und der förmlich-bürokratische Umgang mit den Leuten, sind dem Geiste des Komsomols fremd und haben mit den Aufgaben der Erziehung unserer Jugend nichts Gemeinsames."
(Leitartikel, "Komsomolskaja Prawda", 26.3.55)

Um den "Bund der Kommunistischen Jugend" in Ordnung zu bringen, die Zahl der verlorenen Mitglieder genau festzustellen und zu versuchen, aus dem Bund wieder eine kämpferische, starke und arbeitsfähige Organisation zu errichten, hat das ZK WLKSM (des Komsomol) beschlossen, ab 1. Januar 1956 eine genaue Registrierung der Komsomolmitglieder in der Sowjetunion und den Umtausch der Komsomalausweise in Dokumente neuen Formats durchzuführen.

7) Partei

a) Die Grundorganisationen und ihre Führung

Diesem Thema sind in der Sowjetpresse im Berichtsmonat viele Artikel gewidmet worden. Grundlage der allgemeinen Argumentation war ein offizieller Artikel im "Partijnaja Shisnj" (Nr. 3/1955), der unter dem Titel veröffentlicht wurde: "Die Führung der Grundorganisationen der KPdSU muss verbessert werden!"

Die Analyse dieses Artikels sowie sonstiger Berichte sowjetischer Publikationen geben folgendes Bild:

Die Grundorganisationen in Industrie und Landwirtschaft stellen keineswegs die "Kampfstäbe der Arbeit" dar, wie es von ihnen seitens der Parteiführung verlangt wird. Die Parteimitglieder besitzen keine Autorität in den Betrieben und können die Parteilosen nicht beeinflussen. Allerorts wird zwischen Politfunktionären und den Parteiwirtschaftlern ein Kampf geführt.

Die mittleren Parteiorganisationen (Raykoms, Gorkoms und Obkoms) haben die Methode und den Stil ihrer Arbeit noch nicht geändert. Sie haben zwar damit angefangen, den untergeordneten Organisationen konkrete Aufgaben zu geben, verstehen es aber nicht, gleich an Ort und Stelle zu helfen, um ihre Erfüllung zu gewährleisten. Die Parteimitglieder in den Betrieben leisten noch ungenügende organisatorische Hilfe zu leisten, beschäftigen sie sich mit Kontrollen und

- 32 -

Es gibt Fälle, in denen ganze Parteikommissionen in die Orte fahren. Der Besuch einer solchen Kommission hilft aber nicht bei der Arbeit, er nimmt nur viel Zeit der Angestellten und Arbeiter in Anspruch. Im allgemeinen wird die Arbeit der Parteiorganisationen als administrativ-bürokratisch betrachtet. Ungünstig ist auch die Lage bei der politischen Ausbildung der Parteimitglieder.

b) Der Kampf zwischen den Funktionären des Staates und der Partei

Wenn wir die 4 letzten Nummern der Zeitschrift "Partijnaja Shisnj" (Parteileben, Nr. 1,2,3,4 - 1955) untersuchen, so ergibt sich eindeutig, dass in der Sowjetunion von oben bis unten ein Kampf zwischen den administrativ-wirtschaftlichen und den politischen Organisationen ausgetragen wird.

Dieser Kampf ist nicht ein Kampf der Parteilosen mit den **Kommunisten**. Das ist ein Kampf zwischen Kommunisten, die entweder in verschiedenen Gebieten der Volkswirtschaft beschäftigt sind oder die blosse Parteifunktionen inne haben.

Dieser Kampf entschied sich zwischen M. LENKOW, der von verschiedenen Leuten aus dem Staatsapparat unterstützt wurde, und einer Gruppe von Parteiführern.

Ein gewisser M. TORGASCHOW, ein Stadtsekretär aus der Union, berichtet über diese Auseinandersetzungen auf der unteren Ebene in "Partijnaja Shisnj" (Nr. 3/1955). Er beschwert sich darüber, dass staatliche und wirtschaftliche Verwaltungsorgane bei der Einstellung oder Ernennung von leitenden Mitarbeitern nicht mehr den "Rat der Partei" einholen". Diese Staatsfunktionäre würden die Kaderabteilungen des Rayons oder gar des Gebietes ebenso übergehen, wie etwa die Kaderabteilungen der Grundorganisationen. Früher, so entrüstete sich TORGASCHOW, hätte nicht einmal ein Abteilungsleiter ohne Zustimmung der Partei ernannt werden können.

Diese Ausführungen, die bestimmt nicht "zufällig" veröffentlicht wurden, beweisen also, dass sich die Wirtschaft- und Staatsfunktionäre nicht mehr so einfach von den Politfunktionären an die Kandare nehmen lassen. Approved For Release 2002/08/19 : CIA-RDP83-00418R000500110002-8

- 33 -

und gestürzt wurde, geht der Kampf auf der mittleren und unteren Ebene verstärkt fort, wie die Vielzahl von Artikeln beweist, mit denen sich die Sowjetpresse einschaltet. Die Clique der blossen Parteifunktionäre hat den Sturz MALENKOW's dazu ausgenutzt, um den Staatsfunktionären in den Ministerien, Grossbetrieben und Sowchosen einen Schlag zu versetzen. Sie ist dazu übergegangen, die führenden Beamten dieser Apparate auszubooten und durch willfähige Elemente zu ersetzen. Das geschieht unter den verschiedensten Vorwänden:

"Während der Einbringung der Ernte hat das Kollegium des Ministeriums der Sowchosen der UdSSR bis zu 20 mal im Monat getagt. Und vom 1. bis 17. November täglich, nur mit der Unterbrechung für die Oktoberfeierlichkeiten. Die Angestellten des Ministeriums haben ihre Kräfte also auf die Tagungen verschwendet. Sie können deshalb nicht wissen, wie die örtliche Lage ist und üben keinen Einfluss auf die Entwicklung der Sowchosen-Produktion aus.

Die Führer des Ministeriums und vor allem der Minister, Georg KOZLOW, haben zu den wichtigsten Fragen eine Einstellung, die geradezu der Parteilinie widerspricht. Solche Angestellten, die eine lebendige Sache in den Papieren ertränken, sind wie Baumstümpfe auf unserem Wege. Der Führer eines anderen Ministeriums, der Minister-Genosse AKOPOW, und die Angestellten dieses Ministeriums, die Genossen MOISEJEW, ESCHESKIJ und PASCHIN, haben sich mit der Routine abgefunden, haben jedes Gefühl der Verantwortung für die ihnen anvertraute Sache verloren, beruhigen sich mit Reden über die Erfolge des landwirtschaftlichen Maschinenbaues und wollen nicht das ernste Zurückbleiben, das durch ihre Schuld entstanden ist, sehen."

(Aus: "Das Kampfprogramm", "Partijnaja Shisnj", Nr. 3)

In diesem Monat sprang auch der Minister für Kultur der UdSSR, der Genosse ALEXANDROW, über die Klinge. Er wurde abgesetzt und wegen "Unfähigkeit" getadelt. In Wirklichkeit liegt diesem Schritt der Chruschtschew-Gruppe etwas anderes zu Grunde: ALEXANDROW hatte I lja EHRENBURG seiner Zeit beauftragt, seinen bekannten Roman "Tauwetter" zu schreiben und hatte später dieses Buch für den Vertrieb freigegeben. EHRENBURG hatte in diesem Roman kühn die missgestalteten Verhältnisse in der Sowjetunion kritisiert. Wahrscheinlich

- 34 -

jedoch ging der Auftrag ALEXANDROWS an EHRENBURG von MALENKOW selbst aus.

In der Januarnummer des "Parijnaja Shisnj" ist eine Skizze von W. TENDRIKOW veröffentlicht. Auch sie ist dem Thema des Kampfes zwischen den Wirtschaftlern und den Polit-Funktionären gewidmet. In dieser Skizze wird der Kampf der Landwirtschaft gezeigt. Der Direktor eines hervorragend arbeitenden Sowchos, hat sich das Parteibüro untergeordnet und in den Sowchos "inner-familiäre" Beziehungen eingeführt. Der neuentsandte Parteisekretär kämpft mit dem Direktor und erreicht zum Schluss seine Entlassung. Dieses Thema ist also in der Sowjetunion zurzeit sehr aktuell. Diese Skizze ist in einem belletristischen Stil geschrieben, was in einer ernsten Zeitschrift des Zentralkomitees der Partei seltsam anmutet.

In einer ganzen Reihe von Artikeln wird unterstrichen, dass man den Grund des Kampfes in Industrie und Landwirtschaft nicht bei den unteren Angestellten, sondern viel höher zu suchen hat. Der Hinweis zur selbständigen Arbeit ist von den höheren Instanzen ausgegangen.

c) Die Führungsspitze der Partei

Am 1. März veröffentlichte die "Prawda" ein Kommuniqué des Präsidiums des Obersten Sowjets, in dem die Ernennung neuer stellvertretender Ministerpräsidenten erster Klasse mitgeteilt wurde, die neben den bereits vorhandenen ersten Vertretern MOLOTOW und KAGANOWITSCH dieses Amt bekleiden sollen. Es handelt sich um A.I. MIKOJAN, M.G. PERWUCHIN und M.Z. SABUROW. Zu weiteren Vertretern des Ministerpräsidenten - allerdings zweiter Klasse - wurden A.P. SWIJENJAGIN, W.A. KUTSCHERENKO, P.P. LOBLINOW und M.W. CHRUNITSCHEW, ernannt. Während im ersten Teil des Kommuniqués MOLOTOW und KAGANOWITSCH ausdrücklich auf ihren Posten bestätigt wurden, fehlt im zweiten Teil die Erwähnung MALENKOWs. Nach der bisher geübten Praxis könnte dies bedeuten, dass man die Bevölkerung auf einen Schlag gegen MALENKOW "schonend vorbereiten" will.

Allerdings war MALENKOW bis zum 23. März auf allen Versammlungen und Beratungen anwesend und sass neben den übrigen 9 Mitgliedern des Präsidiums des ZK. Bei den Wahlen in die Obersten Sowjets aller Bundesrepubliken (sojusnyje respubliky) wurde MALWINKOW zusammen mit den anderen Mitgliedern des Präsidiums des Obersten Sowjets gewählt.

Sitzungsperiode abschliessenden und feierlichen Tagung des neugewählten Obersten Sowjets der RSFSR war MALENKOW zwar nicht inmitten des ZK-Präsidiums anwesend, was zu verschiedenen Spekulationen über sein weiteres Schicksal führte. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass er eine Inspektionsreise unternommen hatte und inzwischen zurückgekehrt ist.

Zur Charakterisierung der neuernannten ersten Stellvertreter des Ministerpräsidenten muss Folgendes gesagt werden:

M I K O J A N in Dezember als sowjetischer Handelsminister abgesetzt, Personalien sind allgemein bekannt.

P E R W U C H I N Mitglied des ZK der KPdSU und des ZK-Präsidiums. Er wurde am 15.3.53 Minister der Elektroindustrie und im Dezember des gleichen Jahres stellvertr. Ministerpräsident 2. Klasse. Er gilt als Fachmann in Fragen der Elektrifizierung des Landes. Neben veröffentlichten biografischen Angaben befasst er sich auch mit der Atomforschung der UdSSR, für deren Anwendung auf zivilem und militärischem Gebiet er verantwortlich zeichnen soll.

S A B U R O W Mitglied des ZK der KP der Sowjetunion. Ab 15.3.53 Minister für Maschinenbau der UdSSR, ab 52 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission (GOSPlan) beim Ministerrat der Sowjetunion, ab Dezember 53 Stellvertr. Ministerpräsident 2. Klasse.

Die Ernennung der neuen stellvertr. Ministerpräsidenten 2. Klasse, die ausnahmslos aus der zweiten Garnitur der Hierarchie stammen, stellt gleichfalls einen ungewöhnlichen Akt dar. Hier einige Charakteristika:

P. P. L O B A N O W Minister für die Landwirtschaft der Russischen SFSR, 1. Stellvertr. Ministerpräsident der Russischen SFSR. Anscheinend wird LOBANOW im Ministerrat die Grundstütze CHRUSCHTSCHOWs in den Fragen der Landwirtschaft werden.

- 26 -

- W. A. KUTSCHERENKOW Ukrainer, bekannter Kiewer Architekt, bis 1950 in Kiew als Leiter der Hauptverwaltung für das Bauwesen der Ukrainischen SSR beschäftigt, später Leiter der Hauptverwaltung "Mosstroj"; nach Angaben der "Neuen Züricher Zeitung" v. 5.3.55 ist er 1901 geboren, aber erst mit 1952 Parteimitglied. Seine Aufgabe ist es, das Bauwesen in der SU zu fördern und wahrscheinlich auch zu reorganisieren.
- M.W. CHRUNITSCHEW Generalleutnant, Flugzeugkonstrukteur, ehemaliger Minister der Flugzeugindustrie. Kandidat des ZK der KPdSU. Es scheint möglich, dass ihm der beschleunigte Ausbau der Flugzeugindustrie zur Pflicht gemacht wurde.
- A. P. SWIJENJ.LGIN Generalleutnant, gehört zur alten Bolschewiken-Generation, war bereits zurzeit Ordsonikidses - Stellvertr. Volkskommissar für die Schwerindustrie. Durch den XIX. Parteitag wurde er zum Kandidaten des ZK der KPdSU. Scheinbar wird es seine Funktion in der Sowjetischen Führung sein, verschiedene Zweige der Verteidigungsindustrie zu kontrollieren. In dem gleichen Beschluss wurde er zum Minister des mittleren Maschinenbaues der UdSSR ernannt.

Die Ernennung dieser neuen Stellvertreter des Ministerpräsidenten hat zweierlei Bedeutung: In der Nationalitätenpolitik wurde der Einfluss des grossrussischen und ukrainischen Elementes auf die Gesamtführung gestärkt. Für den Gruppenkampf innerhalb der Führung ist es unter dem Gesichtspunkt wichtig, dass die Gruppe der aktiven Militärs an Boden gewann.

In diesem Zusammenhang verdient auch der Umstand Beachtung, dass der Vorsitzende des Staatssicherheitskomitees nicht auf einen der offiziellen Posten berufen worden ist.

- 37 -

Wir wollen einige weiteren Änderungen in der sowjetischen Führung, die im März vorgenommen wurden, verfolgen:

W. A. MALISCHEW - früherer Minister des mittleren Maschinenbaues, wurde dieses Amtes enthoben und zum Führer einer Gruppe von Maschinenbauministerien ernannt.

("Prawda", 3.3.55)

A. F. SASJADJKO - wurde vom Posten des Ministers für die Kohlenindustrie der UdSSR wegen unbefriedigender Leistungen abgesetzt. An seine Stelle wurde A. N. SADEMIKO ernannt. ("Prawda", 3.3.55)

A. I. KOSLOW - wurde vom Posten des Ministers der Sowchosen der UdSSR abgesetzt, da er mit der Erfüllung seiner Arbeiten nicht fertig wurde. Auf seinen Posten ist I. A. BENEDIKTOW berufen worden.

G. F. ALEXANDROW wurde vom Posten des Ministers für Kultur abgesetzt, weil er sein Ministerium unbefriedigend führte. Sein Nachfolger wurde N. A. MICHAJLOW, der als Botschafter in Polen abberufen wurde. ("Prawda", 22.3.55)

Bei einigen der o.a. Umbesetzungen haben wohl Fragen der fachlichen Eignung bzw. des Versagens der betreffenden Minister in ihren Ressorts eine Rolle gespielt. BULGANIN will qualifizierte Mitarbeiter an die Spitze der für die Produktion und die Versorgung verantwortlichen Ministerien.

Zu Vertretern des Aussenministers wurden SEMJONOW, der Hauptberater in den Deutschlandfragen, FEDORENKO, der Leiter der Ministeriumsabteilungen für den Fernen Osten, und KUSNJEZOW - ein langjähriger Botschafter der UdSSR in China und ein Fachmann auf dem Gebiete der sowjetisch-chinesischen Beziehungen ernannt.

8) Die Wahlen zu den Obersten Sowjets der Republiken

Am 27.2.1955 sind die Wahlen in die Obersten Sowjets der RSFSR, der Ukrainischen SSR, Weißrussischen SSR, Usbekischen SSR, Georgischen SSR, Litauischen SSR, Moldauischen SSR, Lettischen SSR, Tadshikischen

SSR und Estnischen SSR durchgeführt worden.

Am 6. März folgten die Wahlen zu den Obersten Sowjets der Kasachstanischen SSR, Aserbeidschanischen SSR, Kirgisischen SSR, Armeniesischen SSR, Karelo-Finnischen SSR, Nachitschewanischen SSR.

In den Berichten über die Durchführung der Wahlen wird auf die Zahl der Wähler, die gegen die aufgestellten Kandidaten des "Blocks der Kommunisten und Parteiloosen" gestimmt haben, hingewiesen. Man kann vermuten, dass diese Zahlen in den Berichten bewusst verkleinert sind.

Nach den Berichten:

Stimmten dagegen: 254 461 Wähler

Die Bundes- und Autonomenrepubliken, in denen der Prozentsatz der Wähler, die dagegen gestimmt haben am grössten war:

| | |
|-----------------------|--------|
| Tschuwaschen SSR | 0,71 % |
| Karelo-Finnische SSR | 0,56 % |
| Jakutische SSR | 0,45 % |
| Nord-Ossetinische SSR | 0,42 % |
| Tataren SSR | 0,35 % |
| Mariische SSR | 0,31 % |

Insgesamt haben in der RSFSR 0,24 % der Wähler dagegen gestimmt. Bei den Wahlen in die Örtlichen Sowjets (Gemeindewahlen), wurde der grösste Prozentsatz der Gegenstimmen in den Dörfern und kleinen Siedlungen erzielt.

Er bestand aus 0,67 %.

(Die Berichte in der "Prawda" vom 3. und 4. März 1955)

Man muss bemerken, dass die 9 Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPdSU in allen Bundesrepubliken gewählt wurden (jeder in einem anderen Wahlkreis). Fast in allen Bundesrepubliken kandidierten auch der Leiter der sowjetischen Gewerkschaften SCHERNIK und die zweiten Sekretäre des ZK der KPdSU POSPELOW, SUSLOW und SCHATALIN.

9. Die Sessionen des neugewählten Obersten Sowjets der Bundesrepubliken
Vom 23. bis 26. Februar fanden in den Bundesrepubliken Sitzungen der Obersten Sowjets statt. Auf der Tagesordnung standen die Verabschiedung der Verträge und die Wahl der parlamentarischen Organe (Präsiden

- 39 -

der Obersten Sowjets und ihre Vorsitzenden) sowie der Regierungen der Unionsrepubliken.

Die Session des Obersten Sowjets der RSFSR fand im Moskauer Kreml statt. Das Präsidium des ZK der KPdSU war vollzählig anwesend.

Auf der Tagung des Obersten Sowjets der Russischen SFSR bildete die Rede Klim WOROSCHILOW den Höhepunkt. Er sprach "im Namen des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und im Namen der Sowjetregierung". In feierlicher Zeremonie verlieh er der russischen SFSR einen Lenin-Orden.

In seiner Festrede betonte WOROSCHILOW die führende Rolle des (Groß) russischen Volkes, das sich in der Geschichte wie auch heute mehr als alle anderen Völker der Union verdient gemacht habe.

"Immer und in allen Etappen der Geschichte unserer Heimat, hat das Grosse russische Volk unveränderlich seinen Mut und seine Standhaftigkeit, seinen klaren Verstand und seine Freiheitsliebe gezeigt. Es besitzt die tiefe Achtung und Liebe aller Völker der Sowjetunion."

"Die führende Rolle des russischen Volkes hat sich noch mehr vergrößert ..." usw.

In seiner Rede bezog sich WOROSCHILOW u.a. mehrfach auf das 300-jährige Jubiläum der "Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland". Unerschütterlich sei die Freundschaft zwischen den beiden Völkern. Offenbar versuchte Woroschilow auf diese Weise, das ukrainische Volk in die Rolle eines "Teilhabers" bei der Beherrschung der Union und ihrer Völkerschaften zu manövrieren. Allerdings liess er, trotz dieser Anbiederung, einen Unterschied zwischen Russland und den Ukrainern bestehen, wobei er es sorgfältig vermied, in solche Töne zu verf. allen, wie sie bei den Jubiläumsfeiern Anfang 1954 gebraucht wurden. (Woroschilow hat nicht ein einziges Mal von dem ukrainischen Volk als von einem führenden oder grossen Volke gesprochen).

10. Veränderungen in der Führung der Sowjetischen Armee

Am 19. März ist der Marschall der Sowjetunion, der Kandidat des ZK der KPdSU, der Abgeordnete des Obersten Sowjets der UdSSR und der Vertreter des Verteidigungsministers der UdSSR, L.A. GOWOROW,

- 40 -

gestorben. Er wurde mit grossen Ehren beigesetzt.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verlieh durch Beschluss vom 11.3.55 folgenden Militärpersönlichkeiten einen neuen Militärdienststrang:

a) den Rang des Marschalls der Sowjetunion:

| | | |
|------------------|---|------------------|
| dem Armeegeneral | - | BIRJUZOW, S.S. |
| " | " | GRETSCHKO, A.A. |
| " | " | EREMENKO, A.I. |
| " | " | MOSKALENKO, K.S. |
| " | " | TSCHUJKOW, W.I. |
| " | " | BAGRAMJAN, I.H. |

b) Den Rang des Luftwaffenhauptmarschalls:

dem Luftwaffenmarschall SHIGAREW, P.F.

c) Den Rang des Luftwaffenmarschalls:

| | |
|-----------------------------------|---------------|
| Dem Generalobersten der Luftwaffe | RUDENKO, S.I. |
| " | " |
| " | " |
| " | " |
| " | SUDEZ, W.A. |

d) Den Rang des Artilleriemarschalls:

| | |
|------------------------------------|----------------|
| Dem Generalobersten der Artillerie | MARENZOW, S.S. |
| | KAZAKOW, W. I. |

Der Ministerrat hat beschlossen, dem Generalobersten BATOWYP, I., den Rang eines Armeegenerals zu verleihen.

In der Zeitung "Krasnaja Zvezda" ("Roter Stern") vom 12.3.55 sind die Porträts aller beförderten Militärs, die sehr reich mit Orden, Sternen und Medaillen dekoriert sind, veröffentlicht.

Die Auszeichnungen der Militärs deuten auf die steigende Bedeutung der Armee im politischen Leben der Sowjetunion hin.

11. Die Anleitung der sowjetischen Kunst durch die Partei

"Partijnaja Shisnj" (Nr. 1/1955) setzt sich mit der Anleitung der Kunst, der Organisationen der Künstler und dergl. durch die KPdSU auseinander. Der entsprechende Artikel stammt aus der Feder von N. KASMIN, der aus der Leningrader Parteiführung stammt. Seine Arbeit geht von der These aus, dass die sozialistische Ideologie zur Ideologie des gesamten Sowjetvolkes geworden sei.

"Doch ist es bekannt, dass die Überbleibsel der Kapitalistischen Psychologie und Moral sehr zäh sind, dass sie im Bewusstsein eines Teiles der Schaffenden erhalten geblieben sind und dass man gegen sie einen unnachlässigen Kampf führen muss. Man darf nie das Vorhandensein eines kapitalistischen Lagers vergessen, das versucht, seine Agenturen zu uns zu schicken, um die dem Sozialismus feindlichen Überbleibsel des Kapitalismus im Bewusstsein der Menschen zu beleben."

Die Künstler seien deshalb dazu berufen, gegen diese Überbleibsel und ihre Verbreitung zu wirken. Sie müssten die sowjetische Wirklichkeit "richtig erfassen und darstellen" und dabei gleichzeitig einen "aktiven Kampf gegen die Mängel in ihr" entfalten. Ausserdem sollen sie dazu beitragen, dass die Jugend erzogen werde

"... im Geiste der unbegrenzten Ergebenheit zur sozialistischen Heimat und zur Bereitschaft sich jederzeit für ihren Schutz gegen Angriffe imperialistischer Räuber einzusetzen."

KASMIN beleuchtet dann die einzelnen Zweige der sowjetischen Kunst, in denen er Fehler und Abweichungen entdeckt hat. Besonders in der Literatur entdeckt er viele Fehler. Namentlich greift er dabei den sowjetischen Kunstkritiker F. ABRAMOW an, der in seiner grundsätzlichen Arbeit "DIE MENSCHEN DES KOLCHOSDORFES IN DER NACHKRIEGSPROSA" dazu aufgerufen habe, nur das "Negative, Sture und Zurückgebliebene" zu geisseln. Leider, so bedauert der Kunstkommissar KASMIN, habe ABRAMOW für seine Abweichungen auch noch eine positive Beurteilung durch die Literaturabteilung der Staatsuniversität "A.A. SHDANOW" erhalten.

der so manches im Argen liege.

"Die einzelnen Kunstmaler und ihre Kritiker liessen fehlerhafte Urteile über die Kunst zu. Ja, sie schlugen sogar vor, subjektive Empfindungen beliebiger Maler zur Grundlage ihrer Schöpfungen zu machen."

Manche dieser Kunstmaler gingen, angeregt von solchen "subjektiven Empfindungen", in ihren "Etüden" soweit, dass sie die Menschen des sowjetischen Dorfes, die Kolchosbauern und Bäuerinnen, als "primitive, grobe, platte und naturalistische Typen" darstellten. Diesen Malern, so schliesst KASMINs seine offiziellen Betrachtungen über die Malerei, müsse das Handwerk möglichst bald gelegt werden.

Anschliessend wendet er sich in seinem Artikel der Musik zu:

"Es gibt da immer noch ekstatische Melodramatiker, die abseits vom Leben stehen und verächtlich auf solche Komponisten herabzusehen wagen, die bemüht sind, in ihren Werken die sowjetische Wirklichkeit darzustellen."

Als letzten Punkt nennt KASMINs den Film. Als Beispiel zitiert er ein Produkt des "Lenfilms", das unter dem Namen "Die zerbrochenen Träume" gedreht worden sei. Dies sei ein "ideologisch-kästiger Film gewesen, den die Partei nicht für die Öffentlichkeit freigegeben habe. Trotzdem aber hätten sich die Filmschaffenden des Studios "Lenfilm" hinter dieses Machwerk gestellt und es sogar über den grünen Klee gelobt.

Zusammenfassend fordert der Autor, die Kontrolle der Partei über Kunst und Kunschtschaffende müsse wieder verschärft werden. Das könne geschehen, wenn sich die Partei besser als vorher der Organisation annähme, in denen die Künstler zusammengefasst sind. Aus einigen weiteren Bemerkungen dieser Zusammenfassung ist zu entnehmen, dass eine gewisse Säuberung der Sowjet-Kunst bevorsteht.

- 43 -

II. Die Aussenpolitik der Sowjetischen Führung

1. Die Grundsätze der sowjetischen Aussenpolitik

In der sowjetischen Aussenpolitik werden folgende Hauptanliegen vertreten:

- 1) Verhinderung der Bildung antisowjetischer Militärblocks in der westlichen Welt;
- 2) Allgemeine Abrüstung und Verbot der Massenvernichtungsmittel (A-, H-Bombe etc.);
- 3) Einigung über eine Ko-Existenz mit gleichzeitiger Ausweitung des Handels zwischen den beiden Weltmärkten.

Gleichzeitig unterstricht die Sowjetführung die Gefahr, die der Welt durch einen neuen Krieg drohe. Allerdings ist seit der Ablösung MALENKOWs gerade in diese Warnungen ein anderer Ton gekommen, den besonders WOROSCHILOW bei seiner Rede vor dem Obersten Sowjet der Russischen SFSR anschlug:

"Man komme uns nicht mit dem Märchen, im Falle eines neuen Krieges ginge die Weltzivilisation unter. Wir wissen, dass, wenn die Imperialisten einen neuen Weltbrand entfachen werden, nicht etw a die Zivilisation, sondern das völlig veraltete Kapitalistische System untergehen wird."

("Prawda", 27 .3 . 55)

2. Das Interview BULGANINS

In einem Interview mit einem TASS-Korrespondenten erklärte BULGANIN, dass die Sowjetunion mit der Durchführung einer Tagung der Vier Grossmächte einverstanden ist.

"Die sowjetische Führung stellt sich nach wie vor positiv zu der von Präsident Eisenhower vorgeschlagenen Konferenz der vier Grossmächte, wenn es sich dabei um eine Tagung handelt, die der Verminderung der internationalen Spannungen dienen soll. In Verbindung damit kann vor allem darauf hingewiesen werden, dass die Sowjetunion ihrerseits eine solche Konferenz der vier Grossmächte für die nächste Zeit angeregt hat, auf der man die Frage des Österreichischen Staatsvertrages entscheiden könnte."

- 44 -

Das internationale Echo auf diese BULGANIN -Erklärung wurde von der Sowjetpresse gross aufgemacht und eifrig kommentiert.

3. Die Fragen der Abrüstung und des Verbotes der Atomwaffe

Am 25. März erschien in der sowjetischen Presse ein Interview mit dem ersten Vertreter des Aussenministers der UdSSR, N.A. GROMYKO. Dieses Interview gibt eine Interpretation der sowjetischen Vorschläge, die im Unterkomitee der UNO-Kommission für Abrüstung, das in London tagte, gemacht wurden.

In seinen Antworten betonte GROMYKO, manche westlichen Kreise und Regierungen wollten durch die Verbreitung falscher Gerüchte über die Haltung der Sowjetunion die Weltmeinung vergiften.

"Das wird alles nur aus dem Grund getan, um eine internationale Verständigung über diese Fragen zu vereiteln. Weiterhin wollen sie (die Westmächte) das Wettrüsten, die Vergrösserung ihrer Streitkräfte sowie die Erhöhung ihrer A- und H-Bombenproduktion durchführen."

In seinem Interview gab GROMYKO Einzelheiten über den Abrüstungsvorschlag bekannt, den seine Delegation am 18.3. der UN-Kommission vorlegte. Danach sollen

- 1) im Laufe von 6 Monaten oder eines Jahres der allgemeine Rüstungsstand und die Militärbudgets der einzelnen Staaten generell um 50 % gesenkt werden;
- 2) alle Mächte die Verpflichtung übernehmen, bis zum Beginn der Abrüstung weder den Bestand ihrer Truppen noch ihre Rüstungsausgaben über das Mass ausdehnen, das am 1.1.1955 Gültigkeit hatte,
- 3) besonders die USA, England, Frankreich, die UdSSR und China Verpflichtungen übernehmen, über das beschlossene generelle Mass hinaus Abrüstungsmassnahmen durchzuführen;
- 4) alle Mächte - ob Mitglied der UN oder nicht - noch 1955 zu einer Abrüstungskonferenz einberufen werden.

Zur Kontrolle soll bei den UN eine Kommission gebildet werden, die das Recht habe,

Approved For Release 2002/08/19 : CIA-RDP83-00418R000500110002-8
über Informationen über die Durchführung der international beschlossenen Abrüstungsmassnahmen"

- 45 -

Ferner soll diese Kommission die Möglichkeit erhalten, "notwendige Massnahmen zu treffen", um die Einhaltung der Beschlüsse zu garantieren.

GROMYKOWs Ausführungen erweckten den Anschein, dass die Sowjetunion dabei über die Reihenfolge einzelner Massnahmen mit sich reden lasse. Auf jeden Fall soll der erwähnte Zeitraum der Abrüstung von 6 Monaten oder einem Jahr dann beginnen, wenn alle Vorbereitungen inklusiv der Bildung einer internationalen Kommission abgeschlossen sind. Ein wichtiger Akzent bei den Vorschlägen der Sowjetunion liegt in ihrer Kopplung mit dem Verbot der Atomwaffe:

"Im Verlaufe der genannten Periode (6 Monate oder ein Jahr) müssen

das Verbot der Atom-, Wasserstoff- und aller anderen Massenvernichtungswaffen wirksam werden,
die genannten Waffen aus den Arsenalen aller Staaten entfernt und vernichtet werden,
die Produktion dieser Waffen eingestellt werden,
die Nutzung und Anwendung von Atomkraft auf friedliche Zwecke beschränkt werden."

Über die internationale Kontrollkommission führte GROMYKOW aus, dass sie

"ständig und in allen Ländern, die diese Konvention unterschrieben haben, über eigene Inspektoren verfügen muss, die in ihrem Kontrollbereich jederzeit Zutritt zu allen entsprechenden Objekten erhalten."

Der übrige Teil des Interviews ist der Kritik an den Westmächten gewidmet, denen vorgeworfen wird, die Abrüstung zu sabotieren, Abrüstungsgespräche zu torpedieren usw., usf.

4. Die sowjetische Politik in der Österreichfrage

In der Österreichfrage hat die sowjetische Führung ganz unerwartet die Initiative in die Hände genommen und der österreichischen Regierung einen Vorschlag gemacht, in dem eine Reihe bedeutender Zugeständnisse enthalten sind.

- 46 -

In der "Prawda" von 12.3. ist ein entsprechender Bericht des Ausserministeriums der UdSSR über den Gang der österreichisch-sowjetischen Verhandlungen veröffentlicht.

In diesem Bericht werden zuerst die drei Punkte in der österreichischen Frage, die MOLOTOV im Februar vor dem Obersten Sowjet der UdSSR entwickelt hatte, wörtlich ausgeführt. (Diese Punkte haben wir im vorigen Bericht aufgeführt).

Weiter wird auf einige Zugeständnisse seitens der sowjetischen Führung in der Österreichfrage hingewiesen:

Die sowjetische Führung tritt von ihrem früheren Standpunkt, dass die Klärung der Österreichischen Frage von der Entscheidung der Deutschlandfrage abhängt, zurück. Sie ist bereit, ohne die Wiedervereinigung Deutschlands abzuwarten, Besprechungen der vier Mächte unter der Teilnahme Österreichs zu beginnen.

"Die Sowjetunion stellt die Entscheidung der Österreichfrage nicht in Abhängigkeit von der Entscheidung der Deutschlandfrage, sondern sie weist nur auf die Verbindung hin, die selbstverständlich zwischen diesen beiden Fragen besteht."

Weiter schlägt die SU vor, die Streitkräfte der vier Mächte aus dem Territorium Österreichs abzuziehen, ohne den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland abzuwarten,

"allerdings mit vorheriger Einigung über entsprechende und übereinstimmende Massnahmen, die die Möglichkeit einer neuen Angliederung Österreichs an Deutschland ausschliessen."

Als Bedingung nennen die Sowjets weiter, dass Österreich keinen Koalitionen oder militärischen Bündnissen beitrete, die gegen solche Staaten gerichtet seien, die am Kriege gegen Deutschland und für die "Befreiung Österreichs" teilgenommen haben. Österreich dürfe weiter nicht dulden, dass irgendwelche Mächte auf seinem Territorium Stützpunkte anlegen. Die Erfüllung dieser Punkte soll von den vier Grossmächten garantiert werden.

Die sowjetische Führung hat Bundeskanzler R. A. B. nach Moskau eingeladen und seine Zusage erhalten.

Aus dem Tenor der offiziellen sowjetischen Erklärungen und der
Approved For Release 2002/08/19 : CIA-RDP83-00418R000500110002-8
Presskommentare muss angenommen werden, dass man auf sowjetischer Seite entschlossen ist, die Österreichfrage zu lösen.

- 47 -

5. Die sowjetische Politik in der Deutschlandfrage

Die Äusserungen der sowjetischen Presse zur Deutschlandfrage lassen darauf schliessen, dass bis ungefähr Mitte März in der sowjetischen Führungsspitze die Auffassung über die einzuschlagende Linie in der sowjetischen Europapolitik und damit auch gegenüber Deutschland nicht einheitlich war. Durchgesetzt hat sich schliesslich eine elastische Taktik in der Verfolgung eines Zieles, das im Prinzip immer feststand, nämlich die Verhinderung der Remilitarisierung Westdeutschlands.

Die sowjetische Führung ist zur Erreichung dieses Zieles bereit, eine Reihe von Zugeständnissen bei den Verhandlungen in der Deutschlandfrage zu machen.

Im Grunde kann man folgendes Zugeständnis erwarten:

Die sowjetische Seite wird sich mit der Durchführung von Wahlen in ganz Deutschland, wie es im Plan Edens auf der Berliner Konferenz im Jahre 1954 vorgeschlagen wurde, bereit erklären.

(Einen Hinweis dafür finden wir im Artikel: "Anfrage an den Rat der Republiken über die Perspektiven der Verständigung zwischen den vier Grossmächten", "Prawda", 13.3.55)

Ein gewichtiger Grund für diese sowjetische Deutschlandpolitik liegt in den vorhandenen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Ostblocks über die Frage der Remilitarisierung der Sowjetzone. Polen und die Tschechoslowakei sind nicht damit einverstanden, dass Ostdeutschland selbständige Streitkräfte haben soll, andererseits aber verlangt die Regierung der DDR die Aufstellung der nationalen Streitkräfte. Warschau, Prag und Budapest sind auch nicht mit der Vergrösserung der sowjetischen Streitkräfte auf ihrem Territorium im Falle des Abzuges der sowjetischen Streitkräfte aus Österreich und Deutschland einverstanden.

Erst im März wurde in der Sowjetpresse ein politisches Ereignis erwähnt, das man vorher fast einen ganzen Monat lang unerwähnt gelassen hatte. Am 13. des Monats ging die "Prawda" auf eine "Europä-

Approved For Release 2002/08/19 : CIA-RDP83-00418R000500110002-8

ein, die tatsächlich zu diesem Zeitpunkt schon über einen Monat

Auffällig war, dass in der Zusammensetzung der Delegationen der Sowjetunion und denen der Satellitenstaaten ein erheblicher sozialer Unterschied bestand: Die Sowjets schickten Künstler und Wissenschaftler, die anderen vor allem Politiker. Im einzelnen waren vertreten:

Die UdSSR durch Ilja EHRENBURG und Prof. O. OPARIN,
die Sowjetukraine durch den Schriftsteller O. KORNIJTSCHUK,
Ungarn durch Shandor RONAY, Präsident des Parlamentes,
die DDR durch Johannes DIECKMANN, Präsident der "Volkskammer",
Polen durch Vertreter der Regierung, des Parlaments und seines
Armeeoberkommandos.
Ausserdem sah man Vertreter der Kommunistischen Parteien aus den
Kapitalistischen Ländern, an ihrer Spitze die Vertreter der KPF.

Während die Sowjetpresse zu diesem Ereignis erst einen Monat später Stellung nahm, stiegen die Satellitenstaaten gleich gross in ihre Propagierung ein. Aber auch sie hörten wenige Tage danach - etwa Mitte Februar - auf, die Warschauer Konferenz zu erwähnen. Wie aus vertraulichen Berichten ostberliner Quellen entnommen werden konnte, lag das vor allem darin, dass man befürchtete, die offenbar gewordene Diskrepanz zwischen Forderungen der Warschauer Konferenz und den damals verkündeten Thesen MOLOTOWs würde die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der östlichen Propaganda beeinträchtigen.

Auf der Warschauer Konferenz wurden nämlich im Gegensatz zu den Ausführungen MOLOTOWs vor der Februar-Session des Obersten Sowjets der UdSSR zwei Pläne propagiert:

- 1) Freie Wahlen in Deutschland könnten in der gegenwärtigen Periode sehr wohl entsprechend des Eden-Planes durchgeführt werden;
- 2) Sollte es zum Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland kommen, so würden die Sowjettruppen nicht zusätzlich in Polen stationiert werden.

Der Sturz MALENKOWs, der sich eben während dieser Warschauer Konferenz anbahnte, änderte offenbar die Situation und brachte die Satellitenpropaganda über die Konferenz zum Schweigen. Am 8.2. hielt Molotow seine grosse aussenpolitische Rede, in der er die Thesen von Warschau nicht mehr erwähnte.

Doch aus der sowjetischen Presse der zweiten März-Hälfte kann man die Folgerung ziehen, dass die sowjetische Führung zu den früheren Plänen in der Deutschlandfrage zurückgekehrt ist.

Nach vorliegenden Informationen ist der Marschall ROKOSSOWSKI, der zum Oberkommandierenden der Streitkräfte des Ostblockes vorgesehen ist, nur mit der Verwendung des Menschenkontingentes Ostdeutschlands innerhalb der Streitkräfte des Ostblockes einverstanden. In keinem Falle jedoch ist er mit sogenannten nationalen Streitkräften der DDR unter dem deutschen Kommando einverstanden. Auch, dass das deutsche Kommando eine wichtige Rolle im Militär-Kommando -Ost spielen soll, widerspricht seinen Auffassungen.

Die ostdeutsche Führung hingegen vertritt den Gedanken einer "Nationalen Armee" nach wie vor, wobei sie in der Aufstellung des Truppenkernes und Umgestaltung der KVP eben nach dieser Konzeption verfährt. Unabhängig davon muss man wohl die Aufstellung der "Kampfgruppen" in den Betrieben betrachten, die mehr der inneren Festigung und Sicherung des SED-Regimes dienen, als sie etwa von militärischer Bedeutung im Gesamtrahmen sind.

Die Erschwerung der Versorgung Berlins durch erhöhte Strassengebühren verfolgt anscheinend den Hauptzweck, die Herbeiführung von Verhandlungen auf der Ebene Bonn- Pankow anzustreben und zu beschleunigen.

Bei der von sowjetischer Seite anvisierten Viermächtekonferenz möchte man auf etablierte Tatsachen direkter Gespräche von "Deutschen an einem Tisch" hinweisen können, mit der Möglichkeit einer Ausweitung der technisch-funktionellen Gesprächsthemen zu politischen Problemkomplexen auf höchster Ebene zwischen Bonn und Pankow.

Das ist das eine Gleis, ein anderes ist die angestrebte Isolierung Westberlins von der Sowjetzone. Diese Forderung ist vom sowjetischen Generalstab vor einigen Monaten erhoben worden, um sich aufgrund der zu ergreifenden militärpolitischen Massnahmen nach der Ratifizierung der Pariser Verträge sicherheitsmässig gegenüber dem

- 50 -

Es kann aufgrund der vorliegenden Berichte kein Zweifel darüber bestehen, dass in Kürze mit einer Anzahl von Isolierungsmassnahmen gegenüber Berlin zu rechnen ist, die diese Sicherheit effektiv gewährleisten sollen. Bemerkenswert ist die Auflage, die in den Gesprächen auf der Ebene GROTEWOHL-DJIBROWA von sowjetischer Seite gemacht worden ist, dass alle Isolierungsmassnahmen so durchgeführt werden, dass sie "politisch lokalisiert" bleiben. Bei dem zweiten Gleis wird ausser dem als conditio stipulierten Sicherheitseffekt noch die politische Zielsetzung verfolgt, sogenannte klimatische Voraussetzungen für die angestrebte "Internationalisierung Berlins" zu schaffen. Über diesen Themenkomplex im Zusammenhang mit Berlin wird es sicherlich im nächsten Monatsbericht eine Anzahl von konkreten Massnahmen zu berichten geben.

6.) Die Errichtung eines Komitees für die Repatriierung der Sowjetischen Emigranten

Zum Schluss der Übersicht über die sowjetische Politik in Deutschland ist es notwendig, auf eine Ankündigung der Ostpropaganda hinzuweisen. Am 28. März teilten die Zeitung "Neues Deutschland" und der Ostberliner Rundfunk mit, dass "Sowjetbürger die Regierung der DDR um Genehmigung zur Gründung eines Komitees für die Rückkehr in die Heimat" gebeten haben.

In der Mitteilung heisst es, dieses Komitee solle Sowjetbürgern, die sich zurzeit noch in der Emigration - vor allem in Westdeutschland - befänden, zur Rückkehr in die Heimat verhelfen.

Dieser Antrag wurde von den sieben Sowjetbürgern unterschrieben, deren Namen allgemein nur wenig bekannt sind. Unter ihnen befinden sich der Ukrainer KRUTIJ, der vor kurzem angeblich aus Westdeutschland in den Osten "geflüchtet" ist. An der Spitze der Unterzeichner steht der Name des Generalmajors der Besatzungsarmee MICHAJLOW.

Zweifelloos ist dies der anfang einer Grossaktion, die die Sowjets vor allem gegen die Emigranten in der Bundesrepublik planen. Gemäss einer Reihe von Informationen, wird das vorbereitete Komitee aus

- 51 -

granten. Das Komitee wird für die Emigranten Zeitungen in russischer, ukrainischer und georgischer Sprache herausgegeben. Ebenso sind Rundfunksendungen in diesen Sprachen geplant, wobei es noch nicht feststeht, ob diese vom "Staatlichen Rundfunkkomitee der DDR" oder über eine eigene Welle des Komitees verbreitet werden.

Diese sowjetische Massnahme ist natürlich nicht nur zur Schwächung der Emigration, sondern auch zur Schwächung der westlichen (vor allem der amerikanischen) Propaganda ergriffen worden, die mit Hilfe von Radiosendungen (Stimme Amerikas), Free Europe, Liberation, BBC, usw.) in der Sowjetunion und in den Ländern Ost-Europas verbreitet wird. Alle diese Sender und Betriebe arbeiten mit Hilfe der Emigranten. Eine erfolgreiche sowjetische Propagandaaktion soll diesen Waffen des amerikanischen "Kalten Krieges" einen schweren Schlag versetzen. Diese sowjetische Massnahme muss im Zusammenhang mit den sowjetischen Plänen über die kommende Konferenz der Vier Grossmächte gesehen werden.

7. Noten der Sowjetregierung an Frankreich, England und Holland

Die sowjetische Regierung hat den Regierungen Englands, (28.2.55), Hollands (7.3.55) und Frankreichs (18.3.55) Noten überreicht. In den Noten an England und Frankreich bestätigt die sowjetische Regierung ihren früheren Standpunkt, dass die Ratifizierung der Pariser Verträge die französisch-sowjetischen und englisch-sowjetischen Verträge über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe annullieren wird. Die Note an Holland enthält die offizielle Anerkennung der Haager-Konventionen von 1899 und 1907,

"in dem Ausmass, in dem diese Konventionen und Deklarationen nicht dem Statut der UN widersprechen und wenn sie nicht anderen internationalen Vereinbarungen, an denen die UdSSR teilnimmt, unterzuordnen sind. Solche internationale Abmachungen sind das Genfer Protokoll vom Jahre 1925 über das Verbot von Giftgas- und anderen chemischen oder bakteriologischen Waffen sowie die Genfer Konvention von 1949 über die Schutzmassnahmen für Kriegsgesopfer."

- 52 -

8. Die Veröffentlichungen der Dokumente über die Jalta-Konferenz durch die USA

Die sowjetische Führung hat die Veröffentlichung der Dokumente über die Jalta-Konferenz durch Washington sehr übel aufgenommen. In der "Prawda" vom 24.3.55 wird eine "Widerlegung" veröffentlicht, in der unterstrichen wird, dass die UdSSR über die Veröffentlichungen der Jalta-Dokumente nicht konsultiert wurde und kein Einverständnis dazu gegeben hat.

In der sowjetischen Presse werden die veröffentlichten Dokumente als "einseitige amerikanische Interpretation der Jalta Konferenz" bezeichnet.

Es ist ganz klar, dass die Veröffentlichung der Jalta-Dokumente insbesondere vor den Konferenzen der Staaten Afrikas und Asiens der sowjetischen Führung sehr unangenehm ist. Sogar eine Verschlechterung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen könnte daraus resultieren, zumal nach den veröffentlichten Dokumenten Stalin und Molotow eine rege Teilnahme bei der Verteilung der Einflussphären in Asien genommen haben.

9. Die sowjetischen Beziehungen mit Jugoslawien

In der "Prawda" vom 12.3.55 ist ein grosser Artikel - "Über die Haltung Titos", auf der Session des jugosl. Parlaments am 7.3.55 veröffentlicht.

In seiner Rede äusserte sich Tito sehr scharf gegen Beschuldigungen Jugoslawiens, die Molotow auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR (8.2.55) erhoben habe. Tito unterstellt Molotow, er habe von einem Positionswechsel Jugoslawiens nach dem 2. Weltkrieg gesprochen, während die Sowjets diese Molotow-Ausserung bestreiten. Bei aller Kritik an den Ausfällen Titos bemühen sie sich jedoch, die Beziehungen beider Länder nicht zu beeinträchtigen.

Im Gegensatz zu diesen Polemiken wird die Erklärung Titos, Jugoslawien gehe zur friedlichen Ausnutzung der Atomenergie über und habe bereits drei entsprechende Anlagen errichtet, von der Sowjetpresse breit wiedergegeben und äusserst positiv kommentiert.

- 53 -

10. Die Sowjetunion und der Nahe Osten

Der Abschluss des Militärabkommens zwischen der Türkei und dem Irak hat der sowjetischen Politik im Nahen Osten einen schweren Schlag versetzt. In der sowjetischen Presse wird die Befürchtung ausgesprochen, dass sich auch Iran diesem Abkommen anschliessen wird.

Der türkisch-irakische Pakt traf die Sowjetpolitik deshalb so schwer, weil es offenbar in den sowjetischen Plänen liegt, den Nahen Osten neutral zu halten, was durch die Haltung der Arabischen Liga stets begünstigt wurde, die eben eine solche Position bezog. Der Pakt zweier arabischer Staaten gegen die Sowjetunion hat jedoch die Grundpolitik sowie den Bestand der Araberliga gefährdet. In dieser Situation kamen die Gaza-Zwischenfälle wie gerufen, die die erschütterte arabische Solidarität wieder einigermaßen herstellten. Der neue Pakt Ägypten, Saudi-Arabien, Syrien wurde von der Sowjetregierung besonders deshalb begrüsst, weil er auf der Grundlage der arabischen Neutralität basiert und so den sowjetischen Plänen entgegenkommt.

Es gibt Meinungen, die gerade aufgrund dieser Entwicklung vermuten, die Gaza-Zwischenfälle seien durch kommunistische Drahtzieher inszeniert worden.

11. Die bevorstehenden Konferenzen in Asien

Am 18. April findet in Bandung eine Konferenz der Staaten Asiens und Afrikas statt. Die Einladungen zu dieser Konferenz gehen vom Präsidenten Indonesiens aus. Am 6. März gab der Botschafter Indonesiens in Washington eine Erklärung über die Vorbereitungen dieser Konferenz ab. Die Einladungen wurden demnach an 30 Staaten Asiens und Afrikas verschickt. 22 Länder haben bereits ihr Einverständnis gegeben. Die Teilnahme von 600 Delegierten und 400 Pressevertretern ist vorgesehen. Ihr Einverständnis zu der Teilnahme haben Afghanistan, China, Kambodscha, Ägypten, Ethiopien, Irak, Japan, Liban, Libyen, Libanon, Nepal, Philippinen, Sudan, Syrien, Thailand, Nord-Viet-Nam, Süd-Viet-Nam, Burma, Ceylon, Indien, Pakistan und Indonesien mitgeteilt.

Anscheinend wird die Sowjetunion an dieser Konferenz nicht
Approved For Release 2002/08/19 : CIA-RDP83-00418R000500110002-8

- 54 -

selbst und auch nicht durch ihre asiatischen Republiken teilnehmen. Auch die Beteiligung des Satellitenstaates "Äussere Mongolei" ist ungeklärt.

Der sowjetischen Politik kommt diese Konferenz nicht gelegen, da sie sich möglicherweise auch gegen die Verstärkung des sowjetischen Einflusses auf Asien richten kann. Unbeachtet der internationalen Wichtigkeit dieser Konferenz wird sie in der sowjetischen Presse nur mit 2 - 3 kleinen und sehr kühlen Bemerkungen erwähnt.

Im Gegensatz zu der Konferenz in Bandung will die sowjetische Führung eine "eigene" asiatische Konferenz für Anfang April dieses Jahres in Delhi einberufen. Diese Konferenz wird "Asiatische Konferenz für die Befestigung des Friedens" genannt. Doch stellt diese Konferenz, im Vergleich zu der Konferenz in Bandung, nur ein schwaches politisches Experiment dar.

In der "Prawda" vom 31.3. ist ein grosser propagandistischer Artikel über die Konferenz in Delhi veröffentlicht.

12. Der Besuch des indischen Premierministers Pandit Nehru in der SU

Nehru hat sich zu einem Besuch der Sowjetunion bereit erklärt. Am 28.3.55 ist in der "Prawda" eine Mitteilung des Aussenministeriums der UdSSR veröffentlicht worden, dass dieser Besuch für Juni dieses Jahres vorgesehen ist.

13. Die Rückkehr des Dalai-Lamas und des Pangschen Lamas nach Tibet

Wie die "Prawda" vom 12.3.55 berichtet, gab Tschu-En-Lai einen grossen Empfang zu Ehren des Dalai-Lamas und des Pangschen-Lama, die nach Tibet zurückgekehrt sind. Der Dalai-Lama und der Pangschen Lama sind die zwei höchsten Würdenträger des asiatischen Buddhismus-Lamaismus, des Glaubensbekenntnisses der Mongolen und Tibetaner. Die beiden Lamas sind gewählte Mitglieder der chinesischen kommunistischen Regierung. Der Dalai-Lama ist eben erst 21 Jahre alt geworden und führte als 16-jähriger die Verhandlungen über die

SECRET